

erschient täglich außer Montags. Jedes pränumerando: Vierteljährlich 2,50 Mark, monatlich 10 Pf., wöchentlich 25 Pf. frei n's Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit Aufs. Sonntags-Beilage „Neue Welt“ 10 Pf. Post-Abonnement: 30 Pf. pro Quartal. Unter Kreuz: and: Deutschland u. Oesterreich: Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Einzeln: n der Post-Zeitungs-Direktion für 1893 unter Nr. 6768.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfzehntägige Zeitungs- oder deren Raum 40 Pf., für Vereins- und Berichts-Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Verantwortlicher: Amt I. 4186. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.

Donnerstag, den 16. November 1893.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.

Der Reichstag.

Heute tritt der Reichstag zu einer langen und folgenschweren Session zusammen. Es wird ihm die Rechnung für die Militärvorlage vorgelegt werden. Was der Majorität des Reichstages an Blutsteuer aufgebürdet wurde, das soll nunmehr nicht das ganze Volk in Geld zahlen, sondern als Last soll es auf die Schultern einzelner, ohnedies schon schwer belasteter Schichten des Volkes gelegt werden. Wir denken dabei an die Tabak-, Fabrik- und Weinsteuer. Von ganz geringen Ausnahmen abgesehen haben sich alle Schichten des Volkes in entschiedenster Weise gegen diese zwei Steuerprojekte ausgesprochen.

Wird der Reichstag diesmal die Meinung des deutschen Volkes widerspiegeln? Diese Frage stellen sich heute Millionen Deutscher.

Wer die Abstimmung über die Militärvorlage sich ins Gedächtnis ruft, wer die Zahlen der Reichstags-Statistik zu deuten versteht, wird diese Frage pessimistisch beantworten. Einzig von der Sozialdemokratie ist das deutsche Volk ganz überzeugt, daß diese seine Interessen mit Entschiedenheit nach wie vor vertreten wird. Wohl ist die freisinnige Volkspartei auch eine Segnerin der Steuerprojekte, aber das Volk hat, dies beweisen die letzten Wahlen, zu dieser Partei alles Vertrauen verloren. Und das Zentrum mit seiner schwankenden Haltung flücht dem Volke erst recht kein Vertrauen ein. Wenn die Zentrums-Abgeordneten für 5 Jahre gewählt sind, dann pfeifen sie auf die Wünsche des Volkes, dann machen sie ihre eigene Politik und nicht die ihrer Wähler. Die Sonderwünsche der Zentrumspartei können jetzt so leicht im preussischen Landtage befriedigt werden, daß sie die Gelegenheit voll auszunutzen werden, im Reichstage der Regierung gefällig zu sein, um im preussischen Landtage desto sicherer das Wohlwollen der Regierung für sich zu haben. Man täusche sich nicht über den Einfluß der Volksstimmung auf die Abstimmungen im Reichstage zu einer Zeit, wo der Wähler so machtlos auf den Abgeordneten ist, wie zu Anfang der Legislaturperiode. Die Mandate sind gesichert und das ist die Hauptsache, an eine Auflösung ist nicht zu denken. Denn die Reichsregierung wird es, selbst im ganz unwahrscheinlichen Falle, daß der Reichstag die Steuerprojekte ablehnt, nicht wagen, die über die Steuervorlagen und die anderen Regierungsprojekte erbitterten Wähler nochmals an die Urne zu rufen, denn ein starker Ruck nach links wäre die Folge. Stehen auch die Steuervorlagen mit Recht im Vordergrund der Diskussion, so wäre es weit gefehlt, den anderen Besprechungen der Reichsregierung nicht große Bedeutung beizulegen.

In erster Linie werden den Reichstag die Handelsverträge mit kleineren Staaten beschäftigen, später wird der deutsch-russische Handelsvertrag folgen, der uns die Agrarier im Gegensatz zu der Reichsregierung zeigen wird. Wahrscheinlich werden sie aber erst Gelegenheit haben, sich als Oppositionelle zu produzieren, nachdem sie die schweren Volkslasten bewilligt haben. Bei den Debatten über den Etat wird die Kritik über unsere Sozial- und Kolonialpolitik einzusetzen haben, die Behandlung der Staatsbediensteten wird wiederum erörtert werden müssen. Die Kritik der Arbeiterversicherung wird anlässlich der Vorlage über die Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes einsetzen. Von den vielen anderen Regierungsvorlagen erwähnen wir das Seuchengesetz, das Gesetz über die Abzahlungsgeschäfte, das Unterstützungswohnsitz-Gesetz, das Gesetz über die Waarenbezeichnungen, über die Verwendung der Gelder des Reichs-Invalidenfonds. Ob die famose lex Heinze wieder den Reichstag beschäftigen wird, ist noch nicht bekannt. Die Pläne des Herrn von Berlepsch über die Organisation des Handwerks dürften wohl nicht einmal zu einem Gesetzentwurf heranreifen.

Wie dem auch sein mag, so sind dem Reichstage große, schwere und sehr viel Zeit erfordernde Aufgaben gestellt worden. Hierzu werden noch zahlreiche Anträge der einzelnen Gruppen kommen, so vom Zentrum, den Agrariern, den Essäffern und unseren Parteigenossen.

Es ist nicht möglich, daß der Reichstag diese Gesetzentwürfe in einer Session bis Pfingsten erledigt, wir werden ein langes Parlament haben und wenig Freude an demselben erleben.

Das deutsche Volk wird Gelegenheit haben, die Interessenkämpfe der bürgerlichen Parteien und gleichzeitig ihre Volksfeindschaft zu studieren. Es wird aus den Verhandlungen des Reichstags ersichen, daß die bürgerlichen Parteien trotz aller ihrer Differenzen einig sind in der Wahrung der Interessen der Bourgeoisie, es wird sehen, daß einzig die Vertreter der Sozialdemokratie die Interessen der Arbeiterklasse und damit der breiten Volksschichten zu wahren verstehen.

Die Aufgabe der sozialdemokratischen Abgeordneten wird es im kommenden Reichstage sein, das Klassenbewußte Proletariat auch im Reichstage bei jeder Gelegenheit zu vertreten.

Je entschiedener, je rückhaltloser dies geschehen wird, desto größer wird die Uebereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen Wählern und ihren Abgeordneten sein. Wir sind überzeugt, daß sich die sozialdemokratische Fraktion auch diesmal des Vertrauens der deutschen Arbeiterklasse würdig zeigen wird.

Miguel als Konkursverwalter.

Eine Bankrotterklärung für das Deutsche Reich, nicht mehr und nicht weniger, ist die an anderer Stelle dieses Blattes schon veröffentlichte Denkschrift Miguel's über seine neue „Finanzreform“. Natürlich sind die Ansichten über den Augenblick, in welchem ein großes Geschäft wie die Reichsfinanzverwaltung bankrott ist, je nach der Stellung des Beurtheilers verschieden. Für große Gemeinwesen giebt es kein Konkursgesetz, das die Anmeldung der Pleite vorschreibt, und wer das Volk für die große Heerde hält, die beliebig für Steuerzwecke ausgepreßt werden kann, wie es Miguel thut, der wird noch an die Möglichkeit eines fröhlichen Weiterwirthschaftens glauben, wenn andere in besagtem Weiterwirthschaften längst ein sträfliches Verfahren erblicken. Miguel und die Kreise, denen er dient, wollen auch gar nicht belehrt sein. Desto dankbarer ist es für uns, ihnen ihre Bankrotterthätigkeit an der Hand ihrer eigenen Aeußerungen Schritt für Schritt nachzuweisen. Und die erwähnte „Denkschrift“ bietet hierzu prächtvollen Stoff.

Sie konstatirt: trotzdem das Reich schon 1878/79 nicht weniger als 277 Mill. Mark ordentliche eigene Einnahmen hatte, trotzdem durch die weitere Erhöhung der indirekten Steuern im Jahre 1879, die Miguel „Reform“ nennt, „nur“ 130 Millionen neuer Einnahmen geschaffen wurden und trotzdem daneben bis in die Milliarden geborgt wurde durch Reichsanleihen, ist im Reiche mit den Ausgaben, namentlich für Militärzwecke, doch so lächerlich gewirthschaftet worden, daß der „mächtigste europäische Staat“ in der Folge bei den Einzelstaaten fechten gehen und sein Wanklo durch eine Steigerung der Matrikularbeiträge dieser Einzelstaaten beden mühte. „Der Zweck der Reform von 1879,“ jener Riesenschneidung des deutschen Volkes durch Bismarck, „würde nicht mehr erreicht werden.“ Das ist das simple Eingeständniß der Denkschrift. Die Einzelstaaten aber „würden einer solchen Anforderung nicht mehr mit ihren regelmäßigen Einnahmen genügen können und sich zu einer fortgesetzten Anleihenwirthschaft gezwungen sehen.“

Also Borg hier, Borg dort, mit anderen Worten Bankrott, das ist das Ergebnis der 20jährigen Finanzwirthschaft der besitzenden Klassen im „großen“ Deutschen Reiche. Und das Mittelchen, welches Miguel bringt? Eine „Herstellung stabilerer Finanzverhältnisse des Reiches und der Einzelstaaten in einer wenigstens für bestimmte Perioden geordneten finanziellen Auseinandersetzung beider Staatskörper, in der verfassungsmäßigen Festlegung der Verantwortlichkeit des Reiches für seine eigenen staatlichen Aufgaben und Ausgaben.“ Das heißt in verständliches

Fenilleton.

Nachdruck verboten.)

19

Skizzen aus der sozialistischen Bewegung in Rußland.

(Aus dem Russischen übersetzt.)

Kenia sprach mit großem Eifer. Lange und viel hatte sie darüber nachgedacht, was sie zum ersten Male den Arbeitern sagen würde; sie entwarf ein Programm, schrieb ihre Rede auf und verbesserte oft die Phrasen, welche ihr für die Arbeiter unverständlich erschienen. Ueber den Fabrikhof gehend, wiederholte sie in Gedanken das, was sie den Arbeitern sagen wollte. Aber kaum hatte sich die Thür hinter Kenia geschlossen, so vergaß sie vollkommen ihre vorbereitete Rede, und sie fürchtete, daß sie sich verwirren und nicht wissen würde, was sie sagen sollte. Ihre Stimme klang zuerst schüchtern, aber die stille Aufmerksamkeit, und die ungewöhnliche Wichtigkeit des Augenblickes gaben ihr neuen Muth; die Liebe zu ihrem Liebling, den sie von Angesicht zu Angesicht sah, ließ ihr Herz höher schlagen, und ein voller Blutstrom regte ihr Gehirn an; sie sprach immer geläufiger und geläufiger, und nicht die Phrasen, die sie gelernt hatte, entschlüpfen ihrem Munde, sondern andere, viel kräftigere und lebhaftere. Sie war hoch erfreut, daß sie so gut sprechen konnte.

Es näherten sich ihr zwei Arbeiter; nach diesen kamen noch andere, und so bildete sich um das Mädchen herum eine dichte Gruppe. Alle sahen sie an, aber schon anders, als bei ihrem Eintritt. Die Augen der Arbeiter drücken Verwunderung aus, ein rothhaariger Niemand hörte sie mit offenem Munde an; alle bemühen sich, jedes ihrer Worte

aufzufangen. Jemand stößt den Schlafenden in die Seite und rief:

„Schnarche nicht, Du Teufel!“

Kenia's Rede rührte die Herzen der Arbeiter — das war das erste Mal, daß sie ihre Liebe zum Volke bezeugen konnte — und sie mußte den Geliebten rühren, da so viel Leidenschaft sich in ihrer Stimme ausdrückte. Die Wangen des Mädchens rötheten sich; das Tuch von ihrem Kopfe verrückte sich ein wenig, wodurch ihr schönes Haar sichtbar wurde. Ab und zu hob sie ihre hübsche Hand, die von der harten Arbeit Schwielen erhalten hatte, und kommentirte ihre Rede mit einer energischen Geste.

Es war ein originelles und rührendes Bild: in der Mitte die Figur eines hübschen, adligen Mädchens in der Tracht des einfachen Volkes mit dem erregten Gesichte einer Prophetin, und rundherum die halbbedeckten Arbeiter, gebannt durch ihre Schönheit, ihr mit schweigender Aufmerksamkeit zuhörend.

Als Kenia aufhörte zu sprechen, blieben ihre Zuhörer stumm: Die Leute fanden vor Verwunderung im ersten Momente keine Worte.

„Wenn ich Euch im Schlafen nicht störe, so werde ich öfters zu Euch kommen, am Tage habe ich keine Zeit,“ sagte Kenia.

„Erweise uns den Gefallen,“ sagte in ernstem Tone ein Arbeiter von hohem Wuchs und mit breiter Stirn. Kenia's Herz wurde angenehm berührt durch diese Worte.

„Aber nun,“ fuhr sie fort, „hinterlasse ich Euch ein Buch, in welchem beschrieben wird, die schlaue Mechanik“, durch welche die reichen Leute die Arbeiter betören. Best es durch, ich komme morgen wieder, und dann wollen wir den Inhalt des Buches besprechen.“

Sie zog aus ihrer Tasche einige Bücher heraus. Derselbe Arbeiter, der sie aufgefordert hatte, wiederzukommen, nahm die Bücher und sagte:

„Es ist gut, wir werden sie durchlesen.“

„Also bis morgen,“ sagte Kenia und ging fort.

Nicht einer sagte ihr irgendwelche Zweideutigkeiten, einige riefen ihr nach:

„Auf Wiedersehen.“

Mit unbeschreiblichem Triumphe, ermüdet sowohl von der Tagesarbeit als auch von den neuen Eindrücken, legte sich Kenia in ihr Bett mit dem angenehmen Bewußtsein, daß das Volk sie verstanden hat, und ihr Gefühl sie nicht getäuscht hatte.

Nur kurz war die Thätigkeit Kenias. Es gelang ihr und ihren Freundinnen, sich kaum zwei Monate lang in der Fabrik zu halten. Jemand erzählte von verkleideten adligen Fräulein, irgend jemand hörte es, und irgend jemand denunzirte es.

Und so liegt Kenia jetzt auf einem schmalen Bett im Gefängniß, vor ihr eine eiserne Thür, hinter ihr ein Fenster mit Eisengittern, über ihr eine gewölbte Decke. Bedrückend waren die gleichmäßigen im Gefängnisse verbrachten Tage, Wochen und Monate. Ein volles Jahr war vergangen, und das Zweite neigt sich seinem Ende zu, Kenia aber befindet sich immer noch in ihrer Zelle. Alle Qualen des Gefängnisses versuchten ihre Kraft an ihr; die Langeweile ergriff sie, konnte sie aber nicht überwinden; tausend Gedanken quälten sie in den schlaflosen Nächten und bemühten sich, sie zur Verzweiflung zu bringen. Zwei Mal lockte der Frühling das junge Mädchen, er ließ die Maisonne in ihre Zelle scheinen und erzählte ihr von der Pracht des Waldes, wo die Maiglöckchen, sich langsam wiegend, ihren Duft ausströmten. Die Gefängnisluft griff Kenia's Lunge an, und die Verhöre der Gendarmen-Offiziere und des Staatsanwalts zerrütteten ihre Nerven. Zuletzt verlor ihr Körper die Widerstandskraft, sie wurde krank. Alle diese Prüfungen des Gefängnisses quälten sie und ließen sie

Deutsch überseht: kein Eingriff in die unverantwortliche Ausgabewirtschaft des Deutschen Reichs, sondern nur eine etwas veränderte Verteilung der Riesensummen, welche dem deutschen Volke abgeschöpft werden. Die Einzelstaaten sollen feste Beträge aus dem unerlöschlichen Reichsfiskus zugesichert erhalten und auch nur nach Maßgabe dieser Summen ihrerseits Matricularbeiträge zahlen. Dann werden sie hübsch an der Kette bleiben und sich keine störenden Einreden gegen die Mißwirtschaft im Reich erlauben. Desto ungenierter kann infolge dessen im Reich fortgemurrt werden. Auf welche Weise, das sagt die Deutschschrift ebenfalls mit famoser Offenherzigkeit.

Energetischer wie je soll sich das Reich auf die Pflege des indirekten Steuerwesens werfen. Natürlich — wer die Riesenerschöpfung von 1879 als „Reform“ bezeichnet, der muß ardentlich stolz darauf sein, in den Bismarck'schen Pfaden weiter zu wandeln und durch Verbrauchsabgaben, die große Masse aus Unbarmherzigkeit weiter zu belasten, wohl wissend, daß die oberen Zehntausend von den neuen Lasten kaum berührt werden. Miquel wirft sogar einen bedauernden Blick darauf zurück, daß die Verfassung des deutschen Zoll- und Handelsvereins „der Ausübung indirekter Steuern nicht günstig war“. Es wurmt den alten Kommunisten gewissermaßen heute noch, daß mit dem ungerechten aller Steuerysteme in Preußen-Deutschland nicht schon viel, viel früher begonnen worden ist. Für die Zwischenzeit bis heute hat es ihm nach der Deutschschrift wenigstens wohlgethan, daß die Einzelstaaten ihre direkten Steuern erleichtert haben, angeblich „zur Entlastung der unbemittelten Volksklassen“. Seit wann dient aber eine Ermäßigung direkter Steuern zur „Entlastung“ des Volkes? Sie nützt allemal den oberen Zehntausend hundertmal mehr, als der großen Masse, die gar keine erheblichen direkten Steuern zahlen kann, weshalb man sie ja gerade durch die Verbrauchsabgaben tributpflichtig zu machen sucht. Hier schlägt der Miquel als Reichsfinanzminister dem Miquel als preussischen Steuerreformer ins Gesicht. Die preussische Steuerreform sollte doch die direkten Steuern angeblich zur Heranziehung der Vermögenden ausbilden; jetzt spricht aber Miquel bei der Reichs-Finanzreform von einer „Erleichterung direkter Steuern“ in den Einzelstaaten, die angeblich nicht wieder rückgängig gemacht werden dürfe. Man sieht: die Wahl der Argumente macht einem Miquel keine Dual! Schließlich rückt die Deutschschrift ganz brutal mit dem Steuerprinzip der Miquel'schen Reichs-Finanzreform heraus: „der geeignete Weg zur Ergänzung der Einnahmen des Reichshaushalts liegt . . . nur in der Einführung beweglicher Steuern in der Form von Zuschlägen zu den Verbrauchsabgaben.“ Und was läßt die Deutschschrift zu den Verbrauchsabgaben als neue Reichssteuer als so „geeignet“ erscheinen? Man höre und staune: der Umstand, daß sie keine „störende Wirkung“ auf den „Handelsverkehr“ ausüben. Das Profitmachen im „Handelsverkehr“ ist das einzige Ding, auf welches Miquel bei der Einführung neuer Verbrauchsabgaben in seiner Deutschschrift Werth legen zu müssen glaubt. Wenn der „Handelsverkehr“ nicht gestört wird, dann ist alles gut. Auf die Seufzer der Millionen deutscher Arbeiter, die nicht wissen, wie sie die geringste Mehrausgabe erdulden sollen, preist der Reichsfinanzminister. Ob Hunderttausende von Arbeiterfamilien den Hungerriemen noch etwas stärker anziehen müssen, ist ihm völlig gleichgültig. Der „Handelsverkehr“, das heißt der Schacher im großen mit den unentbehrlichsten Verbrauchsartikeln, er wird nicht „gestört“ durch das neue Steuerystem, und das muß als staatsmännische Rücksicht genügen. Es muß auch dann genügen, wenn es ein paar Zeilen davon in der Deutschschrift heißt, daß wir uns gerade jetzt, wo die Mehrbelastung des gewöhnlichsten Lebensbedarfs eintreten soll, „in einer rückläufigen Periode, in Zeiten sinkenden Verkehrs“ befinden. Auch die zugestandene Notlage großer Volksschichten kann einen Miquel nicht abhalten, neue Verbrauchssteuern einzuführen.

Dieser Jynismus ist des anderen würdig, der das Fortwursteln in der alten Verrechnungs- und Wirtschaft und eine rein äußerliche, anderweite Verteilung der Unkosten dafür als die höchste „Reformweisheit“ des Augenblicks er-

altern, aber die Energie ihrer Seele konnten sie nicht schwächen. Worin liegt das Geheimnis dieser Seelenstärke?

Am besten erklärt sich das durch einen Vergleich.

Man stelle sich einen altrömischen Zirkus vor, angefüllt mit blutigeren Zuschauern. In der Arena befindet sich ein Christenmädchen. Sie hat ein abgehärmtes Gesicht. Das Gefängnis hat ihre Kräfte erschöpft, sie hat die ganze Stufenleiter der Prüfungen durchgemacht; in wenigen Augenblicken erwartet sie die letzten Qualen und den Tod. Vor ihren Augen befindet sich eine Thür, auf ein Signal wird diese geöffnet und aus ihr stürzen ein Tiger und ein hungriger Bär hervor, die sich mit Begehr auf das Mädchen werfen und sie zerfleischen. Aber in den Augen des Mädchens ist keine Furcht, sondern nur das Feuer einer ungebeugten Kraft zu sehen. Aber welche schrecklichen Gedanken, außer denen an den Tod, mußten nicht scheinbar das Mädchen bedrücken. Ihre Gemeinde war klein und wurde fortwährend zerstört; — trotzdem es so wenig Christen gab, war doch die ganze Kraft Roms darauf gerichtet, diese zu vernichten. Aber die Märtyrerin hat den festen Glauben, daß die christliche Lehre nicht vernichtet werden kann, daß dieselbe im Gegenteil die ganze Welt erobern wird. Sie glaubt mit Leidenschaft daran, und das Bewußtsein, daß sie auch einer dieser Steine ist, aus welchen der Tempel der Christenheit der ganzen Welt erbaut werden wird, verleiht ihr übernatürliche Kräfte. Und deshalb blickt sie ohne Furcht auf diese Thür, aus der ihre letzten Henker hervortreten werden.

Derselbe leidenschaftliche Glaube an den Sieg des Sozialismus erhält auch Zemias' Kraft. Sie weiß, daß ihre Partei noch eine kleine ist, daß man fast alle in das Gefängnis gebracht hat; von Anfang an wurden ihre Bestrebungen zerstört. Auch das Volk war nicht so geartet, wie sie es sich in ihrer blühenden Phantasie vorgestellt hatte — es war keine Pulvermine, die nur auf den zündenden Funken wartete, es glück vielmehr feuerten, auseinander geworfenen Holzstücken und viel, viel Arbeit mußte es kosten, sie zu sammeln und sie zu befähigen, mit einer solchen Gewalt aufzukommen, daß die ganze Bourgeoisie dadurch vernichtet würde.

(Fortsetzung folgt.)

klart. So ist und bleibt alles bankrott, was in der Deutschschrift behandelt wird: Die Wirtschaft des Deutschen Reichs und das System, nach welchem die neuen Steuern aufgelegt werden sollen, und den merkwürdigen Stolz, solche Dinge mit seinem Namen zu decken, hat Miquel als — Konkursverwalter.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. November.

Die „Reichsfinanzreform“ ist von ihren Urhebern schon jetzt aufgegeben, an sie ist wohl ernstlich gar nie gedacht worden, man benützte sie wohl nur als Schlagwort für die offizielle Presse, denn das erhoffte Erträgnis aus den geforderten Steuern bleibt weit hinter der Summe zurück, die für die Juangriffnahme der Reichsfinanzreform erforderlich waren.

Der von der Reichsfinanzverwaltung vorgesehene Ertrag der vorgeschlagenen Steuern stellt nämlich sich folgendermaßen:

Tabakfabriksteuer	45 Millionen Mark
Weinsteuer	17 „
Vörsesteuer	11 „
Lotteriestempel	54 „
Dunstungsstempel	6-7 „
Cher- u. Stempel	0,5-0,8 „
Fracht- und Ladebriefsteuer	8-9 „

Der Gesamtbeitrag, welcher von den vorgeschlagenen Steuern erwartet wird, beläuft sich hiernach auf etwas über 94 Millionen, erreicht also noch nicht einmal ganz den zur Deckung der Kosten der Militärvorlage und eines festen Reichszuschusses von 40 Millionen Mark erforderlichen Betrag.

Wie hoch die Mehrkosten für die Militär-Vorlage im neuen Etats-Entwurf von 1894/95 in Ansatz gebracht sind, ist noch nicht bekannt geworden. Der „Hamburger Korrespondent“ stellt hierüber folgende Berechnung an:

Die Angabe, daß das Ordinarium des Militär-Etats für 1894/95 mit einer Mehrforderung von 37 Millionen Mark abschließe, ist nicht ausreichend. In dem Etat des laufenden Jahres sind die Mehrkosten der Heeresvermehrung nur für das zweite Halbjahr mit 22 Millionen in Ansatz gebracht. Nach dem seiner Zeit dem Reichstage gemachten Mittheilungen sollen die Gesamtkosten für das erste Jahr nur 44,8 Millionen betragen. Um die Hälfte dieses Betrages würde also der Militär-Etat im ersten Halbjahr des nächsten Etatsjahres (1. April bis 30. September 1894) steigen; welcher Theil des Postens von 10,6 Millionen Mark für das zweite Halbjahr (1. Oktober 1894 bis 31. März 1895) erforderlich ist, entzieht sich noch der Beurtheilung. In der Begründung der Vorlage war bemerkt, daß dieser Rest, der zur Deckung der Ausgaben für das Zugehen des Managements, Uebungen des vermehrten Beurlaubtenstandes, Erweiterung der Kadetten-Anstalten und der Unteroffizierschulen, Vermehrung der Chargen bei den Spezialwaffen, vorbehalten ist, erst im Laufe der Jahre zur Anforderung gelangen werde. Auf keinen Fall ist anzunehmen, daß der gesamte Mehrbedarf infolge der Heeresvermehrung, die auf 64,2 Millionen Mark berechnet war, schon im nächsten Jahre gefordert wird. Abgesehen von der Erhöhung des Pensionfonds könnte die Mehrforderung für das ganze nächste Etatsjahr eher unter als über 50 Millionen Mark betragen.

Für den nächstjährigen Etat kommen, was vielfach übersehen wird, nur diese Mehrkosten in Betracht, während er von der sogenannten Reichs-Finanzreform unberührt bleibt. Diese kann gegebenen Falles erst mit dem Etatsjahre 1895/96 in Kraft treten, da ja an eine Erledigung dieser Reform und der damit in Verbindung stehenden Steuererlasse vor dem 1. April nächsten Jahres nicht zu denken ist.

Ganz auf dem Holzwege ist die Norddeutsche Allgemeine Zeitung, die, mit Bezug auf die Tabaksteuer und das Beispiel der schweizerischen Sozialdemokraten vorhält, die sogar für das Tabakmonopol einzutreten bereit sei. Die Schweizer Eidgenossenschaft und das Deutsche Reich sind eben zwei ganz verschiedene Dinge. In der Schweiz kann die Regierung die Einkünfte des Staats nicht gegen das Volk verwenden — in Deutschland läme der Ertrag der Tabaksteuer dem Militarismus und anderen volksfeindlichen Einrichtungen zu gute. Einem bürokratisch-polizeilichen Militärstaat muß die Sozialdemokratie verweigern, was sie einem demokratischen Staat gewähren kann und — unter Umständen — zu gewähren verpflichtet ist.

Gegen die Handwerkerpolitik des Herrn von Verlepsch sprach sich auch der Ganting der Schwarzwälder Gewerbevereine aus. Sämtliche Beurtheiler des Verlepsch'schen Gesetzesentwurfes stimmen in Nord und Süd, Ost und West des Deutschen Reiches in der Beurtheilung dieser Handwerkerreform überein.

Die Berufung gegen Urtheile der Strafkammern wird heute im „Berliner Tageblatt“ beleuchtet. Es handelt sich um die Frage, ob die Berufung an besondere Berufskammern der Landgerichte selbst oder an das Ober-Landgericht gehen soll. Für das erstere soll nach dem „Tageblatt“ das „Publikum“ sein. Im anderen Fall spricht eine Stimme aus dem Tagesblatt-Publikum folgende Beschränkung aus: „Ich fürchte, daß es bald heißen wird, die Berufung ist bloß für die Reichen.“ Ein armer Mann, der in einem Winkel der Provinz wohnt, habe kein Geld um zum Ober-Landgericht zu kommen oder gar mit einem Anwalt bei demselben sich mündlich zu besprechen.

Wenn nicht überhaupt noch eine kleine Anzahl von Rechtsanwältinnen existirte, die sich etwas Rechtsbewußtsein gewahrt hätten, wäre der „arme Mann“, von dem das „Tageblatt“ spricht, in derselben Lage, ob die Berufung bei einer Berufungskammer des Landgerichts oder beim Ober-Landgericht selbst angebracht würde. Jedenfalls würden die Rechts-Korruptoren, die seit einiger Zeit ganze Monate ihrer Thätigkeit den gemeinsten Spitzbuben und den arbeitslosesten Persönlichkeiten der Börse widmen, vorausgesetzt daß diese sie gut, sehr gut zahlen — obwohl sie wissen, daß die Tausende, welche sie als Bezahlung erhalten, aus erstohlenem und erschwindeltem Gelde genommen sind — sich für die Interessen des „armen Mannes“, der nicht, oder nur nach gesetzlichem Maßstab zahlen kann, in keinem Falle sehr erwärmen. Für den armen Mann braucht sich das „olle ehrliche“ „Tageblatt“ nicht ins Zeug zu legen.

Konferenz der parlamentarischen Gruppe der „Elässer“. Aus Straßburg wird heute dem Depeschens-bureau Herold telegraphirt:

Eine Versammlung der zur Gruppe der Elässer gehörigen Reichstags-Abgeordneten wurde von allen Parteigenossen besucht; die Verhandlungen gelangten nicht an die Öffentlichkeit. Es verlautet, daß dem Reichstage ein Antrag betreffend Aufhebung der Ausnahmebestimmungen für Elässer-Getragenen zugehen werde. Ein etwaiger Anschluß der Elässer an die altdeutsche Partei wird in einer nachmaligen Versammlung besprochen werden.

Der sächsische Landtag ist mit einer Thronrede eröffnet worden. In derselben wird betont, daß der Friede nicht gefährdet ist. Ueber die Finanzlage findet sich folgender Absatz:

Wenn die Lage der Staatsfinanzen gegen bisher eine weniger günstige geworden ist, so liegt der Grund hieran, abgesehen von dem Rückgange der Erträgnisse in einzelnen Staatsbetrieben, in der Hauptsache in der Verteilung der Finanzwirtschaft des Reiches mit der der einzelnen Bundesstaaten und den dadurch für letztere herbeigeführten Schwankungen in ihren Staatshaushalten. Da die längere Vertheilung dieses Verhältnisses von den Bundesvereinigungen allseitig als unhaltbar erkannt und eine baldige Reform der Reichs-Finanzverwaltung als dringend nöthig erachtet worden ist, so läßt sich erhoffen, daß die darauf gerichteten gemeinsamen Bestrebungen in nicht zu langer Zeit von Erfolg begleitet sein und damit auch die gegenwärtig schwer empfundenen Störungen in unserem Staatshaushalt werden beseitigt werden.

Ungeachtet der Ungunst der Finanzlage hat sich indes noch die Möglichkeit ergeben, ohne eine Erhöhung der Steuern das Gleichgewicht in demselben herbeizuführen.

Dabei ist es aber unthunlich gewesen, die Ueberweisung eines Theiles der Einnahme aus der Grundsteuer an die Schulverbände fernerhin aufrecht zu erhalten. Um aber die wenig leistungsfähigen und wirklich bedürftigen Schulgemeinden für diesen Anstoß der Einnahmen einigermaßen entschädigen zu können, wird die Regierung eine Erhöhung der Staatssumme zu Beihilfen an unvermögende Schulgemeinden bei Ausbringung des Schulbedarfs vorschlagen.

In Kürze zusammengefaßt, heißt dies nichts anderes, als daß in Sachsen nun noch mehr als früher auf Kosten der Schule zu Gunsten des Militarismus gespart werden soll.

Von neuen gesetzgeberischen Aufgaben ist in der Thronrede fast gar nicht die Rede, lediglich ein Gesetzesentwurf über die gerichtliche Aburtheilung über die Entwendung von Feld- und Gartenfrüchten und einige unwesentliche Eisenbahnvorlagen werden angekündigt.

Zum Fall Gradnauer. Das eine der beiden amtlichen Organe der sächsischen Regierung, das „Dresdener Journal“, sucht das Vorgehen gegen Gradnauer wie folgt zu beschönigen:

Die Verhaftung des Dr. Gradnauer und dessen später erfolgte Wiederentlassung ohne Beurtheilung beschäftigt einzelne Zeitungen sehr lebhaft. Diese Zeitungen knüpfen an die Erzählung des Falles Betrachtungen über die Militärgerichtsbarkeit, wünschen Aufklärung über die Vertheilung der Militärbehörden zur Untersuchung u. s. w. daß die Leser jener Zeitungen zu der Ansicht kommen müssen, es sei gegen die gesetzlichen Bestimmungen verfahren worden. Die Sache liegt jedoch ziemlich einfach. Dr. Gradnauer war als Unteroffizier des Beurlaubtenstandes zu einer Uebung in Jitau eingezogen. Nach seiner Entlassung von derselben stellte er aber sein Verhalten als Soldat die Behauptung auf, sozialdemokratische Agitation bei der Truppe während seiner Einziehung getrieben zu haben, ein Vergehen, welches ihn auf Grund des bestehenden Militär-Strafgesetzes straffällig machte. Das betreffende Militärgericht leitete infolge dessen in Ausübung der ihm obliegenden Pflichten und als ausschließlich zuständige Gerichtsbehörde die Untersuchung ein. Nachdem bei dieser Untersuchung sich herausgestellt, daß die Selbstbeschuldigungen des Dr. Gradnauer unwichtig waren, wurde er wieder auf freien Fuß gesetzt. Durch das Verfahren des Dr. Gradnauer ist erzielt worden, daß viel von ihm gesprochen worden ist, und somit wohlgesinnte Zeitungen haben wesentlich dazu beigetragen. Zu einem Angriff gegen die Militärgerichtsbarkeit ist die Angelegenheit aber gar nicht geeignet, denn in einem ähnlichen Falle würde auch bei der außer-militärischen Gerichtsbarkeit die Untersuchung haben eingeleitet werden müssen, sobald begründeter Verdacht zu dem Vorhandensein einer strafrechtlich bedrohten Handlung vorlag.

Ungeachtet zu schreiben, war unmöglich. Und so ungeschickt zu schreiben ist dem Verfasser bloß dadurch möglich geworden, daß er auch nicht lesen, d. h. Gelesen nicht verstehen kann. Die Notiz, durch welche Gradnauer sich selber „sozialdemokratischer Agitation im Dienst bezichtigt“ haben soll, ist die nämliche Notiz, die wir unseren Lesern gleich nach seiner Verhaftung mittheilten. In dieser Notiz eine „Selbstbeschuldigung“, d. h. das Geständnis der Begehung strafbarer Handlungen zu erblicken, dazu gehört eine vollständige Abwesenheit aller juristischen Begriffe und ein vollständiges Nichtverstehen des Gedruckten oder Geschriebenen. Hätte ein Zivilrichter auf Grund jener Notiz eine Verhaftung vornehmen lassen, so würde ihm, auch bei dem heutigen Stand unserer Rechtspflege, ein tüchtiger Räffel ertheilt, und die Verhaftung sofort rückgängig gemacht worden sein.

Daß die Militärbehörde auf solchen Grund hin einen Staatsbürger in Haft nehmen und drei Wochen lang seiner Freiheit berauben konnte, das ist es gerade, was die öffentliche Meinung in Harnisch gebracht hat. Freilich, von Gradnauer ist viel gesprochen worden, und das scheint der Vertheidiger der Militärjustiz als etwas außerordentlich Angenehmes, als ein Pfaster auf Gradnauer's Wunden zu betrachten. Der Schreiber ist aber, nicht von Gradnauer, ausgenommen als Opfer, ist viel gesprochen worden, wohl aber ist ihr sicherlich nicht schmeichelhaft und angenehm. Und wir werden fortfahren von dem „Fall Gradnauer“ zu sprechen, und im Reichstag wird von ihm gesprochen werden, denn was Gradnauer geschehen ist, kann jedem von uns, der einmal Soldat war, passieren, kann ihm passieren, Jahre lang nachdem er Soldat gewesen.

Das sind monströse Zustände, das ist die absolute Rechtslosigkeit aller dorer, die jemals von der eisernen Faust des Militarismus gepackt worden sind. Und die schlimmste Rechtslosigkeit, die sich denken läßt: Rechtslosigkeit vor Richtern, die auf einem anderen Boden, als dem des gemeinen Rechts stehen und stehen müssen.

Fort mit solchen Zuständen! Fort mit der Militärjustiz! Fort mit dem Militarismus!

Börsenraub. Was wir der Berliner Börse ver-danken, geht aus einer Tabelle der „interessantesten egyptischen Werthe“, deren Einführung die Berliner Börse unternommen

hat, hervor, welche die „Leipziger Zeitung“ zusammengestellt hat und die wir nachstehend folgen lassen:

Anleihe	Ursprünglich Wert	Verlust
Portug. Obligationen von 1889	101,00	74,50
Portug. Anleihe v. 1888-1889	95,00	68,90
Portug. Obligationen von 1886	93,50	66,80
Griechische Anleihe von 1890	92,60	61,80
Buenos Ayres-Prioritäten	88,50	55,50
Neuere Argentinische Anleihe	90,00	64,10
Ältere Argentinische Anleihe	85,50	47,00
Griech. Anleihe von 1881-1884	82,00	46,90
Griechische Konsol. Goldrente	71,12	44,12
Argentinische Goldanleihe	80,00	42,00
Griechische Mon.-Anleihe	77,25	40,05
Mexikanische Anleihe von 1890	83,50	60,10
Lissaboner Staats-Obligationen	79,00	33,85
Buenos Ayres-Stadt-Prioritäten	86,00	27,80
Chilenische Anleihe	101,75	21,80
Portugiesische Tabak-Anleihe	80,25	20,75
Mexikanische Staats-Anleihe	77,50	16,20

Die vielen Millionen, die das deutsche Volk dank der „weitsichtigen“ Unternehmungskraft der Berliner Börse bis jetzt an diesen Papieren eingebüßt hat, lassen sich nach der obigen Tabelle recht leicht feststellen. Von diesem Verluste ist ein großer Theil in den Händen der „Bankhäuser“ und Spekulanten hängen geblieben. Eine kleine nichtproduzierende Minderheit des Volkes hat sich damit auf Kosten der Rentner, Sparter und Pensionäre bereichert.

„Im Auftrage: Freund.“ Die innere Geschichte der außer Hebung gesetzter Bergwerksabgabe, die der „Vorwärts“ in seiner Sonntagsummer dargestellt hat, war von dem bürgerlichen Zeitungsgeschwister bis zum festen Eingreifen des „Vorwärts“ mit guter Absicht todtgeschwiegen worden. Nun wir der Frage die Schelle angehängt haben, fängt es bei den Liberalen, wie wir es vorausgefragt haben, zu klönen an. Als erster Glöckner beginnt das „Berliner Tageblatt“ sein nachträgliches Werk, selbstverständlich ohne daran zu denken, die es gewedt und ansgerrüttelt haben. Vielleicht werden nun auch die „Frankfurter Zeitung“, die es allen anderen Kapitalistenblättern in der anmutigen Insistenten des Todtstills gleichgethan hat, vielleicht gar die sittenstrenge Taute Wob, die sich über die heutige Verberbnis sonst so schon enttäuscht, etwa auch Herr Eugen Richter's „Freisinnige Zeitung“ ihre Stimme wiederfinden.

Die Wahlrechts-Bewegung läßt sich in Oesterreich ebenso wenig zurückdämmen, wie in Belgien. Herr Windischgrätz will die alte Wahlgesetz-Vorlage zurückziehen und eine neue einbringen. Natürlich keine bessere. Indes das schadet nichts. Die Wünsche der Windischgrätz und Konsorten sind kein eheres Gesetz, und mächtigere und geschicktere Menschen als die Windischgrätz und Konsorten haben sich der Logik der Thatsachen unterwerfen müssen.

Die österreichische Wahlreform-Vorlage. Das mit den konservativen Elementen des neuen österreichischen Ministeriums in Fühlung stehende ultramontane Vaterland theilt mit, daß die Laasche Wahlreform-Vorlage von der neuen Regierung zurückgezogen werden wird. Das ist selbstverständlich, da die Parteiverbindung das Ministerium Windischgrätz stützt, das Laasche Ministerium wegen der Wahlrechts-Vorlage gestürzt hat. Es wird übrigens von allen Seiten zugestanden, daß eine neue Wahlrechts-Vorlage, freilich kaum vor Neujahr, das österreichische Abgeordnetenthaus beschäftigen wird. Betreffs des Inhalts derselben steht nur eines unzweifelhaft fest, daß sie die Arbeiter noch weniger befriedigen wird als das Laasche Nachwerk.

Eine parlamentarische Koalition der kleinen slavischen Gruppen im österreichischen Parlamente gegen das Kabinett Windischgrätz wird von den Jungegehen angestrebt. Die mächtigen Jungegehen veröffentlichen in ihrem Organ „Orlice“ eine Erklärung, in welcher sie eine entschiedene Opposition gegen das neue Ministerium andeuten.

Erweiterung der Bundesouveränität in der Schweiz. Der Bundesrath beantragt bei der Bundesversammlung die Revision der Bundesverfassung im Sinne einer Erweiterung der Oberaufsicht des Bundes über die Wasserbau- und Forstpolizei auf die ganze Schweiz, die sich bisher nur auf das Hochgebirge erstreckte.

Die französische Kammer ist heute zusammengetreten. Zum Präsidenten gewählt wurde Casimir Perier mit 295 Stimmen gegen 195, die auf Brisson fielen. Aus dem Stimmenverhältnis läßt sich nichts schließen, als daß die überwiegende Mehrheit antisozialistisch ist. Unseren Genossen wird es an Arbeit und Kämpfen nicht fehlen.

Ein Sozialistendöcker schlimmster Art ist der beschriebene Logé von Paris, der im vorigen Sommer bei dem Versuch eine Emancipation hervorzuweisen und dem Pariser Proletariat einen Aderlaß beizubringen — Schiffbruch litt und seines Amtes als Polizeipräsident entsetzt werden mußte. Jetzt hat die französische Regierung den Mann für seine Verbrechen an Proletariat würdig belohnt — sie hat ihn zum französischen Gesandten in Wien ernannt. Dort bei Windischgrätz ist Logé am richtigen Platz. Die französische Regierung, deren geheimes Ziel die Arbeiterorganisationen dieser Tage durch den bekannten Zufall den Sozialisten in die Hände fiel und von der „Petite République“ veröffentlicht ward, hat aber in nicht minder verständlicher Weise gezeigt, was von ihrem demokratischen Radikalismus zu halten ist und was namentlich die Arbeiter von ihr zu erwarten haben.

Skandal über Skandal in Italien. Der Chefredakteur eines ministeriellen Blattes, das „Popolo Romano“ (Römisches Volk) ist wegen Betrugs verhaftet. Er dachte, was dem Chef recht ist, ist dem Diener billig — wie der Herr, so der Knecht.

Sozialistischer Sieg in Italien. Bei den Gemeindevahlen in Imola ging die ganze sozialistische Liste mit einer Mehrheit von 800 Stimmen glatt durch.

Die Vermittlung der englischen Regierung im großen Kohlenstreik ist von beiden Theilen bereits ungenommen, und die Presse aller Parteien erwartet mit Bestimmtheit die Beilegung des Konflikts.

Welche Revolution der Anschauungen in England, dem klassischen Land des freien Arbeitsvertrages und der Nicht-einmischung des Staats in das Arbeitsverhältnis. Die Noth ist eine gute Lehrmeisterin, und der große Kohlenstreik war eine gewaltige Lehre. Er hat nicht bloß die Kohlenbarone auf die Kniee gebracht, sondern die gesamte englische Bourgeoisie. Sie hat einsehen müssen, daß das Proletariat, wenn auch noch nicht in Besitz der politischen Macht, doch durch seine gewerkschaftliche Klassenorganisation wirtschaftlich bereits zu einer so großen Macht gelangt ist, daß es thätig die Industrie des Landes lahm legen und bewirken kann, daß „alle Räder still stehen“. Der Handelsminister Mundella, hinter den sich die Herren Grundbesitzer und sonstige Großprogen versteckt halten, schilderte in dem Ministerrath, welcher den Interventionsbeschlusse faßte, die verzweifelte Lage, in welche die ganze englische Industrie durch den Kohlenstreik gebracht worden ist; er führte aus, daß die englische Industrie, wenn der Streik nicht bald geschlichtet werde, vollständig ins Stocken geraten müsse, und nicht bloß dauernder Ruin, sondern auch ein bedeutender Ausfall in den Reichsfinanzen zu befürchten sei. Das gab den Ausschlag.

In welcher laienjämmerlicher Stimmung sich die englische Bourgeoisie befindet, das erhellt aus nachstehendem Situationsbericht aus London, den die kapitalistischen Blätter veröffentlichten:

London, 13. November. In den Industrie- und Handelskreisen Englands ist man mit der geschäftlichen Phygnomie des laufenden Jahres sehr wenig zufrieden. Allgemein beklagt wird die zunehmende Unstetigkeit und Unübersichtlichkeit der geschäftlichen Verbindungen, der Mangel an Thakraft und Unternehmungsgewalt seitens der Arbeitgeber, an Arbeitslust und Arbeitsleistung der Arbeiter. Die fortwährenden Streiks, die Schärung des Klassenhasses zwischen den wirtschaftlichen Organismen des Landes, herab den ihm seiner Widerstandsfähigkeit gegen den ausländischen Wettbewerb und legen einem Wiederanstrengen des Erwerbslebens die größten Schwierigkeiten in den Weg. Dazu kommt noch der weitere Rückgang des Silbers infolge der währungsrechtlichen Maßregeln in den Vereinigten Staaten und Indien, endlich die immer noch prekäre Lage auf internationalem politischem Gebiet.

Was das Gerede vom zunehmenden Mangel an Arbeitslust und Arbeitsleistung seitens der Arbeiter“ betrifft, so ist das eine unverschämte Lüge, die durch die Statistik widerlegt wird, indem diese eine stets wachsende Arbeitsleistung feststellt. Was aber im allgemeinen über die geschäftliche Lage und über die Herren Arbeitgeber gesagt ist, entspricht so ziemlich der Wahrheit, wenn es auch noch bei weitem nicht die ganze Wahrheit ist.

Die ganze Wahrheit ist: Die Bourgeoisie ist an dem Ende ihres Latens, sie kann die einfachsten wirtschaftlichen Funktionen nicht mehr vollbringen, d. h. mit anderen Worten: sie kann die menschliche Gesellschaft nicht mehr mit den nöthigen Produkten versorgen.

Und in ihrer Noth muß die stolze englische Bourgeoisie den, sonst so verhassten „Staat“ um Hilfe anrufen.

Frauen-Stimmrecht in England. Gladstone hat an die Sekretäre des Frauen-Emancipations-Vereins ein Schreiben gerichtet, in welchem er erzeigt, daß von Seiten der Regierung ein Amendement zur Gemeinderaths-Bill eingebracht wird, um vollständig klar zu machen, daß weder Geschlecht noch Heirath ein Hindernis zur Kandidatur für den Gemeinderath bilden sollen.

Ironie des Schicksals. „Zur Abwehr antisemitischer Aufwindungen“ leitartigkeit der Stöder im „Reichsboten“.

Parlamentarisches.

Die erste Reichstags-Sitzung findet morgen — Donnerstag — um 2 Uhr statt. Nach dem Namensaufruf und nach der Bureauwahl, die wohl glatt verlaufen wird, werden die ersten Sitzungen den Handelsverträgen gewidmet sein. Die Staatsberatung dürfte voraussichtlich erst nach dem Bußtag, also Donnerstag, den 23. d. M., beginnen.

Parteinachrichten.

Achtung! Der Lohgerber Emil Horn aus Emmerich a. Rhein wird erucht, seine derzeitige Adresse an die Redaktion des „Vorwärts“ einzufügen. Parteigenossen, denen der Aufenthalt des E. Horn bekannt ist, werden erucht, denselben auf diese Aufforderung aufmerksam zu machen.

Die Cheminer Parteigenossen erklärten sich mit der Haltung ihrer Vertreter auf dem Berliner Parteitag und mit den dort gefassten Beschlüssen einverstanden.

Genosse Manfred Wittich, Redakteur des Leipziger „Wähler“, wurde wegen Beleidigung des Rechtsanwalts Dr. Hans Blum zu 500 M. Geldstrafe event. 50 Tagen Gefängnis verurtheilt. Die Zurechnung von 500 M. Buße, die Herr Blum beantragt hatte, lehnte das Gericht ab, weil der Nachweis eines Schadens nicht erbracht war.

Gemeinderathswahlen in Stuttgart. Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Stuttgart unterm 13. November geschrieben:

Die Sozialdemokraten beschloffen bei der bevorstehenden Gemeinderathswahl gesondert von allen Parteien vorzugehen.

In Unter-Dürnbach (Bayern) erlangen, wie der „Unterfränkischen Volkstribüne“ mitgetheilt wird, bei der am 12. November stattgefundenen Gemeindevahl die Sozialdemokraten den Sieg. — Also eine neue Wäsche auf dem Lande.

Große Demonstrationen planen die Arbeitslosen in Brüssel. Sie haben solche vor dem Ministerium und dem Rathhause in Aussicht genommen.

London, den 13. November. Am 11. November hielt Genosse Schumacher im kommunistischen Arbeiter-Bildungsverein 49 Lottenham Street London einen Vortrag über: „Die Wahlbewegung in Oesterreich“; am Schluß zitierte er aus dem „Vorwärts“ vom 7. November den Artikel: „Die neue Aera Windischgrätz in Oesterreich“ und vertiefte sich hierbei zu einem sehr scharfen Angriff auf den „Vorwärts“. Redner führte aus, daß es feig sei vom „Vorwärts“, die österreichischen Genossen zu

ermahnen, sich nicht provozieren zu lassen, indem der Tag für die österreichischen Arbeiter noch nicht gekommen sei, an dem sie den Sieg erwarten könnten. Der „Vorwärts“ möge dann den Tag angeben, an welchem der Sieg zu erwarten sei. Auf die Anweisungen haben diese Ausführungen den Eindruck gemacht, daß der Referent in Ermangelung der Anarchisten und Unabhängigen, deren wir uns so ziemlich entledigt haben, einen überflüssigen Streit vom Zaun habe brechen wollen. Dem Genossen Schumacher wurde scharf entgegengetreten; und der Artikel, der vorgelesen wurde, fand schließlich volle Anerkennung.

Genosse Schumacher scheint den Unterschied zwischen „feig“ und vernünftig noch nicht zu kennen. Sich in die Gewalt eines überlegenen Gegners zu geben, ist nicht muthig, sondern blödsinnig. Der Artikel ist von Männern verfaßt und geschrieben, die sicher nicht zurückhalten, wenn eine Aussicht auf Sieg ist. Und wir haben keinen Zweifel, daß auch diejenigen unserer österreichischen Genossen, die jetzt dem Gefährde berechtigten Jörnes mehr folgen als der fühlbar rechnenden Ueberlegung, sehr bald einsehen, daß wir mit unserem Rath Recht hatten. (Red. des „Vorwärts“.)

Tobtenliste der Partei. In Schwedt a. O. verstarben die Genossen Raurer Wilh. Sebel und der Zigarrenmacher Carl Pahl.

Soziale Uebersicht.

Die Färber, Dekateure, Appreteure und Berufsgenossen, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen bieten am 12. d. M. eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Genosse Käthe über: Zweck und Nutzen der Organisation sprach. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Stiehler, Pappke, Braun, Käthe, Gräber. Sodann wurden in den provisorischen Vorstand gewählt: Uengel und Nihmann als Vorsitzende, Stiehler und Uengel als Schriftführer, Sachweh und Kramm als Kassierer. Achtung, Töpler! Die Sperre bei der Hennigsdorfer Firma ist infolge mangelhafter Beachtung seitens der dort arbeitenden Kollegen gegenstandslos geworden und daher aufgehoben.

Der Vorstand des Allgemeinen Vereins der Töpler.

Studenrente Schönebergs! Kollegen! Wir richten an Euch ein erstes Mahnwort in betreff unserer Organisation. Die schlechte Saulonjunktur zeitigt immer mehr die Arbeitslosigkeit in unseren Reihen und nährt den Indifferentismus; damit aber unsere Organisation nicht machtlos wird, müssen wir Mittel und Wege finden, uns dagegen zu schützen. Laut Beschluß der öffentlichen Versammlung findet am Sonntag, den 19. November, Vormittags 10 Uhr, im Lokale des Herrn Jakob, Grunewaldstr. 110, eine öffentliche Wanderversammlung der Studenrente statt. Wir richten an alle Kollegen die Bitte, recht rege zu agitieren, um einen recht zahlreichen Besuch zu erzielen, damit wir im stände sind, gemeinsame Schritte zweckentsprechend zu verathen. Die Tagesordnung wird in der Freitagsummer des „Vorwärts“ bekannt gemacht.

Die Vertrauensleute von Berlin und Charlottenburg. J. A. Kleinert, Berlin, Bülowstr. 40.

Achtung. Die außerordentliche Generalsversammlung der Delegirten der Allgemeinen Orts-Krankenkasse gewerblicher Arbeiter und Arbeiterinnen findet am Sonntag, den 19. November, Vormittags 10 1/2 Uhr, bei Paaje, St. Frankfurterstr. 117, statt. An alle Delegirten ergeht das bringende Ersuchen, da die Tagesordnung eine wichtige ist, für einen recht zahlreichen Besuch zu agitieren, um so die bis jetzt erungenen Vortheile weiter ausbauen zu können. Pflicht eines jeden ist es, zu erscheinen. A. Härtel, Adalbertstr. 93.

Geschäftsdiener, Vacker und Berufsgenossen.

Kollegen! Am Mittwoch, den 22. November, Bußtag, Abends 6 Uhr, findet bei Gräber, Köpenickerstr. 100, eine öffentliche Versammlung statt, um gegen den Beschluß, den der Ausschuss für Gutachten zc. des Berliner Gewerbevereins“ und die „Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft“ betreffs der Sonntagsarbeit gefaßt hat, — zu protestiren. Der Antrag des Ausschusses lautet:

Den Herrn Polizeipräsidenten von Berlin zu ersuchen, die Ausführungsbestimmungen über die Sonntagsruhe dahin zu ändern, daß am ersten Weihnachtstfesttag, Neujahrstag, ersten Oherfesttag und ersten Pfingstfesttag die Verkaufsstäden von 7 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 3 Uhr Nachmittags geöffnet sein dürfen und daß die allgemeine Ruhe, abgesehen von den bisher bestimmten Ausnahmen, am zweiten Feiertag eintritt.“ Die Aeltesten der Berliner Kaufmannschaft haben, nachdem sie der Berliner Polizeipräsident aufgebodet hat, ein Gutachten über die Regelung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe abgegeben, folgendes beschloffen:

Für Sonntag, den 10. und Sonntag, den 17. Dezember, die Befreiung einer 10stündigen Arbeitszeit, von 8 bis 10 Uhr Vormittags und von 2 bis 10 Uhr Nachmittags auf grund des § 106b Abs. 2 der Gewerbe-Ordnung zu empfehlen, und zwar für alle Handels- und Gewerbebetriebe mit offenen Läden. Für Gewerbe, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung der in diesen Tagen besonders hervortretenden Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist, beschloffen das Kollegium eine zwölfstündige Arbeitszeit, und zwar von 8 bis 10 Uhr Vormittags und von 12 bis 10 Uhr Nachmittags zu beschließen, dagegen wurde die kundgegebene Absicht des Polizeipräsidenten am ersten Weihnachtst-Feiertage nicht arbeiten zu lassen, für gutgehehen.

Kollegen! Wie Sie aus den Beschlüssen der beiden Körperschaften ersehen, will man uns das bischen mühsam erungene Sonntagsruhe nehmen, beide Anträge sind für uns unannehmbar, denn unsere Arbeitszeit würde dann nicht 10 und 12 Stunden, sondern 18 und 20 Stunden dauern, ja es kommt vor, daß unsere Kollegen, welche die gefauste Waare an Private bis in die späte Nacht abzugeben haben, vom Wächter eingeschloffen werden. Statt das nun der Ausschuss zc., dessen Majorität doch aus Sozialdemokraten besteht, dafür eintreten sollte, um die Sonntagsarbeit gänzlich abguschaffen, tritt er für einen Beschluß ein, dem jeder Arbeitgeber mit freudigem Herzen zustimmen kann, darum Kollegen, erscheint alle Mann am Mittwoch, den 22. November, in dieser Versammlung.

Karl Altholdt, Vertrauensmann der Haus- und Geschäftsdiener, Vacker und Berufsgenossen Berlins.

Briefkasten der Redaktion.

M. S. Anträge auf Patenterteilung sind an das Patentamt zu richten. Bei der Anmeldung sind 20 M. einzuzahlen. Bis entschieden ist, ob ein Patent zu erteilen ist, vergehen etwa 3 Monate. Das Patent schließt vor Nachzahlung durch Dritte die Dauer des Patentes hindurch. Die Patentdauer ist von Zahlung einer Jahresgebühr abhängig.

O. A., Steindruck. Ja. D. N. 1110. Hat die Betreffende mit anderen während der Empfängniszeit Umgang gehabt, so sieht weder ihr noch dem Kinde ein Anspruch auf Alimante zu. W. S. Besten Dank. Wir hatten erwähnt, daß in mehreren Fällen Leute als „reichstreu“ und als „freisinnige“ Werkthanner aufgeführt sind. Ob in dem von Ihnen erwähnten Falle (Wahner, Schlichtermeister) das mit Bewilligung des Betreffenden geschehen ist, können wir nicht wissen. Es sind auch eine Anzahl Sozialdemokraten ohne deren Erlaubnis als „Wahlmänner“ von dem freisinnig-reichstreuem Wismasch aufgeführt.

Für den Inhalt der Inerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 16. November. Opernhaus. Lannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg. Schauspielhaus. Don Carlos, Infant von Spanien. Deutsches Theater. Raim. Die Mitschuldigen. Berliner Theater. Jenseits von Gut und Böse. Festung-Theater. Mauerblümchen. Friedrich-Wilhelm-Mädch. Theater. Freund Felix. Residenz-Theater. Sollen Ribadier. Wallner-Theater. Elite-Vorstellung. Neues Theater. Jugend. Central-Theater. Die eiserne Jungfrau. Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazi. Victoria-Theater. Die sieben Raben. Alexandersplatz-Theater. Fedora. National-Theater. Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Vorher: Berlin bei Nacht. Theater Unter den Linden. Die Gondoliere. Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung. Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

National-Theater.

Große Frankfurterstraße 182. Doppelvorstellung zu einf. Preisen. Sensationelle Novität! Lehmann auf der Weltausstellung in Chicago. Große Ausstattungsposse mit Gesang und Tanz in 5 Akten von Eugen Bruden & Koopfers v. Linderer. Musik von Adolph Wiedede. Regie: Max Samst. Vorher: Berlin bei Nacht. Posse in zwei Akten von Anton Anno. Regie: Hugo Hummel. Kaffeneröffnung 6 1/2 Uhr. Anfang der Vorstellung 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, den 19. November, Nachmittags 3 Uhr: Volksvorstellung zu bedeutend ermäßigten Preisen: Othello, der Mohr von Venedig. Trauerspiel in 5 Akten von Shakespeare. Regie: Max Samst.

Adolph Ernst-Theater.

Charley's Tante. Schwank in 3 Akten v. Brandon Thomas. Vorher: Die Bajazi. Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt v. Ed. Jacobson und Benno Jacobson. In Szene gesetzt von Adolph Ernst. Anfang 7 1/2 Uhr. Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Wallner-Theater.

Nur diesen Monat Gastspiel-Cyclus des Eden-Theaters. Direktion: B. Schenk. Größtes phant. Etablissement der Welt. Heute, Donnerstag 7 1/2 Uhr: High-life-Vorstellung. Sensat. Programm. 20 Nummern. 5 Attraktionen. Auftreten des herborragendsten Sensations-Zaubers der Gegenwart Dir. B. Schenk. Animalis Wunderampel. Trompeter von Säckingen. Informable Wäsche. Schenk contra Bosco. Der schwebende Kopf. Bacchusfest. Reise durch das Unmögliche (Großart. Polpourri).

Abdul-Al-Hakk-Hamid-Mysterio

„Die Metamorphose im Bagno“. Luftwandlerin Miss Edith. Im Reiche der Schatten. Prof. Schalkenbach's weltberühmtes Geister-Concert. Fata morgana. Schönheits-Galerie. Riesenhaupt. Der Diamanten-Palast. Hydraulische Geziele, Wasserfälle, Eisregen, dekorative Transformationen. Galerie lebender Bilder von 30 Damen. Unter Anderem das Pracht-Tableau: Die Schlacht der Amazonen. Parquet 2 M. u. f. w. Sonntag: 2 Mysterio-Vorstellungen um 4 u. 7 1/2 Uhr. Nachmittags kleine Preise. Billets schon jetzt an der Kasse.

Central-Theater.

Alte Jakobstraße 80. Donnerstag, den 16. November: Zum 10. Male: Die eiserne Jungfrau. Sonntag: Nachmittags-Vorstellung. Berliner Volksblut. Orchester- und Parquet-Loge 2 M., 1. Rang-Loge 1,50 M., Parquet-Fauteuil 1 M., 1. Rang-Fauteuil 1 M., 1. Parquet 1 M., 2. Parquet 70 Pf., 1. Rang-Sperrsitze 80, 60 und 40 Pf., Stehplatz 30 Pf.

American-Theater. Neu! Zwerchfellerschüttelrad! Neu! Die Gründung Roms in der Möckernstraße, oder: Die Rache des Gänjerichs. Hochkom. Burleske von Oscar Wagner. Parodie! Ulk! Humor! Myster. jammrtl. Spezialitäten. Anf. 8 Uhr. 7 1/2 Uhr. Sonnt. 6 1/2 Uhr.

Alcazar. Dresdenerstr. 52/53 (City-Pass.) Miss Nessi, die schönste Taubensönigin der Welt tritt Abends 9 1/2 Uhr auf. Abends 9 Uhr: Der naturgemäße Bendig. Men! Hier auf! Men! Eine alltägliche Geschichte. Charakterbild m. Gesang i. 1 Akt. Anfang: | Wochentags 7 1/2 Uhr. Sonntags 5 1/2 Uhr. Entree Wochentags 15 Pf. R. Winkler.

Gratweil'sche Bierhallen. Kommandantenstr. 77-79. Täglich von 5 Uhr ab: Grosses Frei-Concert. Soireen der Leipziger Säger vom Krystall-Palast. Anf. Wochent. 7 1/2 Uhr. Entree 15 Pf., reserviert 30 Pf. Anf. Sonntags 6 Uhr. Entree 30 Pf., reserviert 50 Pf. Anerkannt gute Küche. Säle für Festlichkeiten u. Versammlungen. 8 Kegelbahnen, 6 Bill., pr. Std. 60 Pf. Programm unentgeltlich. Carl Koch.

Kaufmann's Variété. Stadtbahn-Station Alexanderplatz. Täglich: Grosse Spezialitäten - Vorstellung von nur Künstlern 1. Ranges: Bernhard Leitner, Athlet-Kraft-Produkt m. 2 Pferden. Sbaraglap, indisch. Jongleur. Brother Barotti, Kopf auf Kopf-Equilibristen. Dr. Cordes, Gesangs-Humoristen. Mr. Edgar Jones, musik. Clown. Emmy Hoffmann's Flora-Truppe, 6 Damen. Clara Birkholz, Kosium-Soubrette. Kassenöffnung: Sonntags 5 Uhr, Anfang 6 Uhr; Wochentags 7 Uhr, Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. A. Zimmermann.

Etablissement Buggenhagen. Täglich: Gr. Instrumental-Konzert. Gr. Frühstücks- u. Mittagstisch. Spezial-Ausgang von Pakenhofer Lagerbier, hell und dunkel. An den Wochentagen findet das Konzert in den unteren Restaurationsräumen, Entree 10 Pf., Sonntag in dem oberen Saal, Entree 25 Pf., statt. Säle für Versammlungen, Kommerse, Festlichkeiten etc.

„Sanssouci“, Kottbuserstr. 4a. Jeden Sonntag und Donnerstag: Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr. Zum Schluss: Ein gestörtes Rendezvous. Komisches Ensemble. Entree 50 Pf. Im Vorverkauf 40 Pf. (Siehe Plakate.) Freitag, den 17. November: Soiree in der Victoria-Brauerei.

Circus G. Schumann.

Friedrich Karl-Wer. Vorläufige Anzeige! Einem hochgeehrten Publikum der Haupt- und Residenzstadt Berlin beehre ich mich ganz ergebenst anzugeben, daß ich mit meiner Gesellschaft, welche aus Künstlern und Künstlerinnen 1. Ranges besteht, von Kopenhagen via Lübeck kommend, in den nächsten Tagen in meinem eigenen, neu renovirten und aufs Elegante eingetrichterten Circus am Friedrich Karl-Wer einen Cyclus von Vorstellungen in der höheren Reithunst, Original-Pferdedressur und Gymnastik eröffnen werde. Da die Künstler und Spezialitäten, welche ich für diese Winteraison engagirt habe, absolut neu für Berlin sind, und ich namentlich auch Ballet und Pantomimen in großartiger Ausstattung bieten werde, so hoffe ich, daß die hochgeehrten Bewohner der Haupt- und Residenzstadt mir und meiner Gesellschaft auch in dieser Saison das gütige Wohlwollen nicht verjagen werden, welches sie mir in früheren Jahren geschenkt haben. Mit vorzüglicher Hochachtung ergebe ich mich. G. Schumann, Direktor. Die Eröffnungs-Vorstellung wird durch Plakate und Annoncen näher bekannt gegeben.

Passage-Panopticum. Nur noch kurze Zeit: Der blaue Mann. Die Affendame. 11-1 Uhr. 4-9 Uhr.

Castan's Panopticum. Neue Gruppe: Huverhoffter Besuch in Castan's Atelier.

Präuser's MUSEUM anatomisches Friedrichstraße 65a, Ecke Mohrenstraße. Viel Neues, fünf Körper gehend durch, geöffnet von früh 9-10 Uhr Abends für erwachsene Herren. Dienstag u. Freitag: Damentag. Entree 50 Pfg.

Arbeiter-Sängerbund. Da der Ausschuss am 12. d. unsern Antrag, betr. Schlichtung unserer Angelegenheit durch Schiedsgericht oder Generalversammlung, abgelehnt hat, erklären wir unsern Austritt aus dem Bund. Gleichzeitig laden wir selbständig denkende Genossen zum Beitritt in unseren Verein ein. Übungsstunde: Montag Abends 9 Uhr bei Dahn, Neue Königstr. 73.

Orts-Krankentasse der Gürtler. Zu der am Sonntag, den 19. November, Vormittags 10 Uhr, Adalbertstr. 21 bei Koll stattfindenden General-Versammlung werden die Herren Delegirten ergebenst eingeladen. Tages-Ordnung: 1. Wahl einer Kommission zur Prüfung der Rechnungen des laufenden Jahres. 2. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. Der Vorstand. 188b G. Kniff, Vorsitzender.

Leise- u. Diskutirklub Süd-W. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 12. d. M. unser treues Mitglied, der Klempner Paul Raschke im Krankenhaus am Urban verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bitten die Kollegen der Firma 1775 H. Kleinschewsky.

Partei-Versammlungen.

Freitag, den 17. November, Abends 8 Uhr, finden in allen 6 Wahlkreisen Versammlungen der Parteigenossen statt.

- Für den 1. Kreis: Norbert's Salon, Beuthstraße Nr. 22.
- Für den 2. Kreis: Bock-Brauerei, Tempelhofer Berg.
- Für den 3. Kreis: Brochnow's Salon, Sebastianstraße 39.
- Für den 4. Kreis: Concordia-Festsäle, Andreasstraße 64.
- Für den 5. Kreis: Brauerei Bötzw, Prenzlauer Thor.
- Für den 6. Kreis: Norddeutsche Brauerei, Chausseestraße 58.

Tagesordnung in allen Versammlungen: 1. Bericht und Abrechnung der Vertrauenspersonen. 2. Neuwahl der Vertrauenspersonen, sowie der Preis- und Lokal-Kommissionsmitglieder. 3. Bericht der Delegirten vom Parteitage in Köln. 4. Diskussion. In Anbetracht der langen und wichtigen Tagesordnung werden die Versammlungen pünktlich eröffnet. Um zahlreiches Erscheinen ersuchen Die Vertrauenspersonen. 347/19

Fachverein der Klempner. Todes-Anzeige. Am 12. d. M. verstarb, 22 Jahre alt, unser Mitglied, der Klempner Paul Raschke. Ehre seinem Andenken! Die Beerdigung findet am 16. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt. 187/14 Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Den Parteigenossen des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises die traurige Nachricht, daß der Genosse Paul Raschke im Krankenhaus am Urban am 12. d. M. nach kurzem, schwerem Leiden verstorben ist. 350/7 Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt. Um zahlreiche Beteiligung wird gebeten. Die Vertrauenspersonen.

Allen Kollegen u. Genossen zur Nachricht, daß unser Kollege, der Klempner Paul Raschke, am 12. d. nach kurzem, aber schwerem Leiden verstorben ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d. M., Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt. Um recht zahlreiche Beteiligung bitten die Kollegen der Firma 1775 H. Kleinschewsky.

Sozialdemokrat. Wahlverein im vierten Berliner Reichstags-Wahlkreise. 377/13 Den Mitgliedern hiermit die traurige Nachricht, daß am 12. d. M. nach kurzem, schwerem Leiden, unser Genosse, d. Klempner Paul Raschke im Krankenhaus am Urban verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt. Um recht zahlreiche Beteiligung er sucht Der Vorstand. Ehre seinem Andenken!

Leise- u. Diskutirklub Süd-W. Todes-Anzeige. Den Parteigenossen zur Nachricht, daß am 12. d. M. unser treues Mitglied, der Klempner Paul Raschke im Krankenhaus am Urban verstorben ist. Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, Nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des St. Georgen-Kirchhofes in Wilhelmsherg aus, statt, und erwarten wir möglichst zahlreiche Beteiligung. Der Vorstand.

Todes-Anzeige. Den werthen Genossen u. Kameraden die traurige Mitteilung, daß meine Frau am 14. ds., Morgens 3 1/2 Uhr, nach schwerem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet am Freitag, den 17. ds., von der Leichenhalle des Schöneberger neuen Kirchhofes aus statt. Die trauernde Familie Aug. Sachs, Zimmerer, Hauptstr. 198, Schöneberg.

Todes-Anzeige. Am 14. d. M. verstarb nach langen, schweren Leiden unser lieber Vater und Großvater, der Buchbinder Theodor Herschleb im Alter von 70 Jahren an Herzleiden. Um stille Theilnahme bitten Die trauernden Hinterbliebenen. Die Beerdigung findet Sonntag, den 19. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, von der Leichenhalle d. Neuen Luisen-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt. 187b

Verband deutscher Gold- und Silberarbeiter und verwandter Berufsgruppen (Zahlstelle Berlin). Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Goldarbeiter A. Döring, nach dreijährigem Krankenlager am 13. November von seinen Leiden erlöst worden ist. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 16. d., Nachm. 3 1/2 Uhr, auf dem neuen Jacobi-Begräbnisplatz (Hermannstraße) aus statt. Um recht rege Beteiligung bitten 185/3 Der Vorstand.

Berein d. technischen Personals der deutschen Bühnen. Sonnabend, den 18. d., Ab. 11 Uhr, Annenstr. 16: 186b Ausserordentliche Versammlung. Hierzu ladet ergebenst ein Der Vorstand.

Weißbierbrauerei Albert Bier, begründet 1792, Berlin O., Stralauerstrasse 3-6, Fernsprecher: Amt V, 1056, empfiehlt feinstes Tafel-Weißbier, Brauerei-Abzug. 30 halbe oder 15 ganze Literflaschen für 3 Mark. Eigene Ausfuhrlökal: 1) Stralauerstr. 3-6, Defonom W. Witte, 50338 2) Friedrichstr. 88, Ecke Rosmarinstr., Defonom P. Kowalk. 3) Weinmeisterstr. 18, Restaurant Bickenbach, Def. J. Brockmann.

Neues Club-Haus 72, Kommandantenstr. 72. 30b 5 Säle (Bühne) zu Festlichkeiten u. Versamml. Amt I 7421. H. Ebert. Vereinszimmer m. Piano Friedenstraße 74. 277b

Tokales.

Parteienoffen Berlin!

Am Donnerstag, den 28. November, finden in allen sechs Wahlkreisen Volksversammlungen statt. Die Gewerkschaften und sonstigen Arbeitervereine werden gebeten, dies bei Einberufungen von Versammlungen zu berücksichtigen. Die Tagesordnung wird in nächster Woche noch näher bekannt gegeben.

Die Vertrauenspersonen.

Zu den Stadtverordneten-Wahlen kleiner und großer Geldsack haben am Dienstag und Mittwoch gewählt. Der Ausfall dieser Wahlen stand im voraus bombensicher; die etwa von konservativer Seite gemachte Opposition war so gegenstandslos, daß sie auf die Gestaltung des Wahlergebnisses sowohl wie auf den „Wahlkampf“ im Prospekt an sich ohne jeglichen Einfluß blieb. Von den 16 Stadtverordneten, die die zweite Abtheilung zu wählen hatte, sind 13 alte Bekannte im roten Hause; neugewählt ist Dr. Pangerhans, der ein Doppelmandat erhielt, sowie der Rentner Mühlberger. Die erste Abtheilung wählte am Mittwoch ihre 14 bisherigen Vertreter sämtlich wieder. Aus einer Ersatzwahl für den Stadt. Wenzel ging infolge einer Ueberzumpelung der Badestrümpfer Kandidat a. D. Rommelen hervor; noch volksparteilicher Schablone hätte Dr. Otto Hermes gewählt werden sollen.

Die drei Stadtverordneten-Stichwahlen im 3., 9. und 20. Kommunalwahlbezirk, welche am Montag in der dritten Abtheilung notwendig geworden, sind auf den 1. Dezember anberaumt worden.

Die Stadtverordneten-Wahlen sind in der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstatt (Schlesischer Bahnhof) gänzlich unberücksichtigt geblieben. Die etwa tausend dortselbst beschäftigten Arbeiter haben regelrecht bis Abends 6 Uhr arbeiten müssen, sodaß viele, die weit entfernt von der Werkstätte wohnen und auch über Mittag dort bleiben müssen, nicht in der Lage waren, ihr Wahlrecht auszuüben. Es muß das um so mehr auffallen, als bei den vorangegangenen Landtagswahlen eine ganz andere Praxis geübt worden ist. Da wurden die Arbeiter von oben herab, durch die Werkstattdirektoren, angehalten, zu wählen, natürlich im Sinne der blauensten Reaktion. Ein jeder Arbeiter sollte wählen gehen, auch wenn er keine amtliche Wählerkarte zugestellt erhalten hätte. Ja, zu diesem Zwecke wurde sogar ein halber Arbeitstag frei gegeben und wer thatsächlich gewählt haben würde, der sollte den halben Tag in Tagelohn (pro Tag 2,50 M.) ausbezahlt erhalten, während sonst Akkordlohn (pro Tag 3,75 M.) gewährt wird. Da war denn allerdings die gestellte Frage am Platze, ob denn die Arbeiter eine Bescheinigung darüber erbringen sollten, daß sie gewählt haben? Nun, etwas Rehnliches wurde allerdings von den Arbeitern gefordert, denn am vergangenen Sonnabend wurden dieselben zusammenberufen und mußte jeder einen Revers unterschreiben, daß er gewählt habe. Nur in diesem Falle würde der halbe Arbeitstag vergütet werden. Und was thaten die Arbeiter? Sie gingen und unterschrieben, was von ihnen verlangt wurde, wie sie überhaupt alles widerstandslos über sich ergehen lassen, was die Verwaltung von ihnen fordert. Und warum? Nun, der Arbeiter, der sich „müßig“ machen würde, der würde bald vertrieben aus dem Paradies der Staatswerkstätte. Und es ist doch so schön in der königlichen Eisenbahn-Hauptwerkstätte! Nicht jedem ist es vergönnt, dort hinein zu gelangen, nur wenige sind auserwählt. Alle möglichen Papiere und Führungsbücher müssen über die Reinheit seiner Person und die Lauterkeit seines Charakters genauestens Auskunft geben, dieselben wandern zuvörderst von Pontius zu Pilatus, ehe der Betreffende die Zusage bekommt, daß er angenommen sei und anfangen könne, sofern der Arzt ihn für tauglich befunde. Hat der betreffende Arbeiter so Seyn und Charakters glücklich passiert, so wird er erst noch von Herrn Direktor Garbe ins Gebet genommen, einem gar frommen Herrn, welcher auf die heutige göttliche Weltordnung schwört und ein abgefragter Feind aller Sozialdemokraten ist. Hier erhält der Arbeiter eine eindringliche Verwarnung vor diesen Erzfeinden, den Sozialdemokraten, und

hat damit gewissermaßen die Weihe empfangen als Staatsbahn-Arbeiter. Nun darf er täglich 10 Stunden arbeiten zu einem Tagelohn von 2,50 M., bei Einbehaltung des ersten Wochenlohnes und vierzehntägiger Lohnzahlung. Allerdings ist es Brauch, daß in Akkord gearbeitet wird, wodurch sich der Verdienst etwa um die Hälfte erhöht, dafür muß der Arbeiter aber auch — wie man zu sagen pflegt — gehörig schuften! Es besteht nämlich das Kolonnen-system. Auf je vier Arbeiter kommt ein Kolonnenführer oder Vorarbeiter — die Arbeiter nennen ihn Anstreiber —, welcher einen erhöhten Lohnsatz erhält und für ein gehöriges Arbeitspensum Sorge trägt. Auf diese Posten gelangen hübsch strebsame Leute, bevorzugt militärische, welchen daran gelegen ist, bereits noch ein höheres und besseres Pöstchen zu erhalten, was natürlich das Arbeitsverhältnis noch an Annehmlichkeit gewinnen läßt. Die Zugehörigkeit zu Arbeitervereinigungen gewerkschaftlicher wie politischer Natur wird selbstverständlich von niemandem verlangt; daher kommt es auch, daß alle diese Arbeiter fast ausnahmslos außerhalb jeder Organisation stehen, sich um nichts bekümmern, versumpfen und mit der Zeit „Eisenbahner“ werden! Es wäre wahrlich an der Zeit, daß auch diese Staatsarbeiter zum Bewußtsein ihrer Klassenlage kämen und theilnehmen am öffentlichen und politischen Leben.

Arbeiter-Bildungsschule Südost. Der Unterricht in der Geseheskünde fällt am Freitag, den 17. d. aus, weil an diesem Tage über den Kölner Parteitag Bericht erstattet wird. Die nächste Unterrichtsstunde findet am Freitag, den 28. d., Abends 7/9 Uhr statt, wo noch Theilnehmer Aufnahme finden.

Zur Sonntagsruhe im Handelsgewerbe. Am 11. November empfing der Regierungsrath Messerschmidt den Vorsitzenden der Freien Vereinigung der Kaufleute, um dessen resp. die Ansicht des Vereins über das Offenhalten der Läden an den Sonntagen im Monat Dezember zu hören. Diese Auskunft, welche sich mit einem schriftlichen Gutachten, das von der Freien Vereinigung am 13. November eingereicht wurde, deckte, gipfelte darin, daß, wenn überhaupt von einer Ausdehnung der Arbeitszeit die Rede sein könne, diese sich nur auf Ladengeschäfte erstrecken solle und nicht generell auf Geschäfte überhaupt, da im vorigen Jahre eine nicht unbedeutliche Anzahl von Engros-Geschäften die günstige Gelegenheit benutzte, um auch ihrem Personal die Sonntagsruhe zu entziehen. Die Freie Vereinigung der Kaufleute ist der Meinung, daß ein Bedürfnis für ein längeres Offenhalten der Läden an keinem Sonntage vorliege, auch nicht an sogenannten „goldenen“, wie die Erfahrungen des vorigen Jahres gelehrt haben. Dies Entgegenkommen sei nur eine Prämie auf die Nachlässigkeit und den Schlenkerian Einzelner, unter dem aber die ganze Gehilfenschaft zu leiden habe. Trotzdem trägt sie den Verhältnissen, wie sie einmal bestehen, insoweit Rechnung, als sie sich am „goldenen“ Sonntag, den 24. Dezember, für ein Offenhalten der Läden bis 6 Uhr Abends ausspricht. Am ersten Weihnachtstage könne eine Ausnahme für diejenigen Läden gemacht werden, welche mit Lebensmitteln handeln, diese könnten bis 10 Uhr Vormittags offen halten; angegeschlossen hiervon sollen die Zigarrengeschäfte sein, da Zigarren ein so großer Geschenkartikel seien, daß jeder damit versehen sein könne. Am zweiten Feiertage sowie, Sonntag, den 31. Dezember, liege nach keiner Richtung irgend welche Veranlassung vor, über die schon gesetzlich gewährleisteten 6 Stunden hinauszuweichen. — Heute, Donnerstag, findet eine Versammlung der Freien Vereinigung der Kaufleute in Schmiedel's Festsaal, Alte Jakobstr. 82, statt, in welcher dieses Thema zur Diskussion steht, und ist es Pflicht jedes Handlungsgehilfen, dort zu erscheinen.

Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ hat in diesen Tagen ihre 23. Generalversammlung in Berlin abgehalten. Der Vorsitzende, Abg. Ricker, hat (nach dem uns vorliegenden Bericht) in seiner Eröffnungsansprache wieder einmal die Nothwendigkeit der nachhaltigen Unterstützung rein idealer Bestrebungen, wie sie die Gesellschaft verfolgt, betont.

Die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ ist von bürgerlichen Elementen begründet und bis auf den heutigen Tag von bürgerlichen Elementen, unter denen der rechte Flügel des „Freisinn“ dominiert, geleitet worden. Sie ist eines der

Paradesperde, die man vorzuführen pflegt, wenn es gilt zu zeigen, was die bürgerliche Klasse für die geistige Hebung desjenigen Theiles des Volkes thut, den sie selbst „das niedere Volk“ nennt. Die bürgerliche Klasse hat aber recht wenig Grund, mit dieser „Großthat“ zu prahlen. Selbst wenn sie wahrhafte Aufklärung des „niederen“ Volkes anstrebte, so trüge sie damit doch nur eine alte und schwere Schuld ab. Sie hat ja die Unbildung der arbeitenden Klasse lange genug allen Aufklärungsversuchen gegenüber unter ihre schützenden Fittiche genommen und zu konservativen gesucht, weil sie selber dabei profitirte.

Aber der aufgeklärtere Theil der Arbeiterklasse will an den „reinen Idealismus“ solcher und ähnlicher Bestrebungen nicht recht glauben. Er will nicht daran glauben, eben weil die Unwissenheit des „niederen“ Volkes den Besitzenden so lange die Herrschaft gesichert hat und weil nicht annehmlich ist, daß die bürgerliche Klasse sich dieses Schutzes freiwillig begeben wird.

Die „Volksbildung“ ist für die bürgerliche Klasse im günstigsten Falle nur ein schönes Wort und bleibt nur ein schönes Wort. Könnte das Wort zur That werden, — es würde keine gute That und keine, die dem Proletariat nützt. Die „Volksbildung“, welche die bürgerliche Klasse dem arbeitenden Volke geben kann und will, ist ein sehr gefährliches Geschenk. Die „Volksbildungsvereine“ bürgerlicher Tendenz gleichen dem hölzernen Roth, das die Danaer, nachdem sie 10 Jahre vergeblich um Troja gekämpft hatten, scheinbar abziehend zurückließen, und dem ein angeblicher Ueberläufer eine besonders schätzbare Kraft nachräumen mußte. Bekanntlich rissen die Trojaner eine Lücke in ihre festen Mauern, um das ihnen angepriesene riesige Roth, für das die gewöhnlichen Thore zu klein waren, in die Stadt schaffen zu können, — die dann bei Nacht von der im Hofe verborgenen feindlichen Schaar überfallen und dem Untergange überliefert wurde. Das Verhalten der Trojaner gilt mit Recht als eine grandiose Dummheit, die in der Sage und Geschichte aller Zeiten nicht leicht ihres Gleichen findet. Bildet sich die bürgerliche Klasse ein, daß sozialdemokratisch gesinnte Proletariat werde dieselbe Dummheit begehen und seine festgefügte Mauern, die nun schon so lange jedem Ansturm getrotzt haben, verbleibet einreißen, um die Danaergeschenke geriebener Gegner zu sich hereinzuschaffen?

Als Beweis dafür, daß die Bestrebungen der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ in der That mit Vorsicht ausgenommen werden müssen, kann eine Bemerkung dienen, welche einmal dem „Berliner Tageblatt“ einschlägt ist. Das Blatt schrieb am 15. Mai 1891 aus Anlaß der 91. Generalversammlung der „Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung“ über die beabsichtigte Ausdehnung der „Bildungsvereine“ auf die ländliche Bevölkerung: „Auch in politischer Beziehung ist die größere Heranziehung der ländlichen Bevölkerung zur Mitarbeit an den materiellen und idealen Kulturaufgaben nothwendig. Die sozialistische und antisemitische Agitation wendet sich jetzt dem Lande zu und findet einen guten Boden, weil die Bevölkerung im allgemeinen ungerichtet den Kapitalgebern gegenübersteht. Die beginnende Bewegung für ländliche Bildungsvereine verdient deswegen volle Aufmerksamkeit und Unterstützung in weiteren Kreisen, um von vornherein ihre Aufgabe von der rechten Seite zu fassen und mit Erfolg durchzuführen. Jedenfalls wird es der Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung nicht ohne weiteres möglich sein, die Arbeit neben ihren bisherigen Aufgaben in weitem Umfange zu übernehmen, wenn ihr nicht von anderer Seite thatkräftige Unterstützung gewährt wird.“ So das „Berliner Tageblatt“, daß der Gesellschaft seit längerer Zeit nahe steht und über die Absichten derselben gut unterrichtet sein konnte.

Möglich, daß der Standpunkt des „Berliner Tageblatt“ nicht von allen Mitgliedern der Gesellschaft getheilt wird. Aber sie werden sich nach dem Obigen nicht wundern dürfen, wenn er bei allen vernehmlich wird. Selbst das Mildeste von dem, was die Gesellschaft eingestandenemahnen anstrebt, die „Ausföhrung der Stände“, ist von der Arbeiterklasse zu bekämpfen. Die Arbeiterklasse will keine „Ausföhrung“, bei der doch nur sie den Kürzeren zöge, kein sogenanntes Ueberbrücken der Kluft zwischen Arm und Reich, das nur den Reichen zu gute käme. Sie will nicht, daß die große Wunde am Körper der Gesellschaft, die nur durch eine vollständige Wiedergeburt des Körpers geheilt werden kann, durch bloße Quackalbereien geschlossen wird.

Theater.

Gerhard Hauptmann's „Hannele“.

Eine Bühnendichtung in zwei Akten. Am 14. November im Schauspielhaus zum ersten Male aufgeführt.

Bei Gelegenheit der Weber-Aufführung in Berlin hat man Herrn Hauptmann in England den sozialistischen Goethe genannt. So leitet die englische Zeitschrift „Spectator“ (Der Zuschauer) eine Studie über Gerhard Hauptmann ein. Die englische Wochenchrift nennt dieses Urtheil unbillig; „weil in den Webern zum Beispiel die Ursachen des Sozialismus wohl treu dargestellt würden, weil sich aber nirgends eine Ansicht über die sozialistische Lehre an sich, weder mittelbar noch unmittelbar fände.“

Ich meine, mit solchen Vergleichen hat es immer eine üble Bewandnis. Für einen sozialistischen Goethe kann die Zeit unmöglich noch gekommen sein. Nichts ist thörichter, als das Wort vom Dichter als einem lehrhaften Propheten, der der Menschheit neue Bahnen zu weisen im Stande sei. Zu den Gedanken-Baumweihern, die aus der Erkenntnis der Mängel ihrer Zeit nach vollkommenen Zielen streben, zählen die Dichter nicht; und auch zu den Thatmenschen zählen sie nicht direkt, die mit energischer Willensentfaltung eine Umwälzung verbreiten helfen. Es ist lächerlich zu behaupten, wie es manche Kulturhistoriker thun, Beaumarchais habe mit seinem „Figaro“ mehr zum Ausbruch der französischen Revolution gethan, als ein Duzend Denker, die den Zusammenbruch der feudalen und den Aufbau einer neuen Gesellschaft deutlich voraussehen. Nein, die satirischen Worte im „Figaro“ konnten vom Dichter erst ausgesprochen werden und ihr Publikum erst dann besauern, als die ausgebreitete Saat von Ideen längst auf befruchteten Boden gefallen war und die Schöpfer der neuen Ordnung ringsum fast schon alle geistige Macht um sich vereinigt hatten.

Lichter und Künstler leben in der Welt sinnlicher Anschauung. Man soll ihnen kein Amt aufdrängen wollen, zu dem sie ihrer Natur nach nicht berufen sind. Wenn jung auftauchende Ideale einen Eroberungszug durch die Welt antreten, so wird sich immer eine Dichterschaaar finden, die, schmiegsamer Empfindung voll, daraus Anregungen schöpft und selbst eine Grundstimmung für ihr gesamtes Wirken empfängt, aber eine entscheidende Stimme darüber, was werden soll, macht sie sich nicht an. In der Zeit, nicht über ihr steht der ausübende Künstler; er ist niemals, was Marquis Posa von sich sagt, ein Bürger d'erer, die da kommen werden. In den Kampf gestellt, der zwischen einer neuen und einer alten Welt gefochten wird, kann er in lebendiger Anschaulichkeit darthun, daß die alte Welt in allen ihren Fugen kracht, wie es Ibsen in seinen sozialkritischen Dramen thut, er kann mit inbrünstigem Mitgefühl Leiden und Sehnsucht junger, nach der Höhe strebender Ge-

schlechter veranschaulichen, er kann diese Geschlechter in das Reich seiner Kunst ziehen, wie es die Weisen der „Amelent-Wälder“ gethan haben, er kann ein Tröster, ein zorniger Mahner im Kampfe sein, aber er kann einer gährenden Bewegung nicht vorschreiben: Hier nimm deinen Weg! er kann auf lehrhafte Weise eine ans Licht drängende Anschauung nicht zur Reife bringen.

Wenn man die Grenzen seiner Kraft bedäckt, man würde im Allgemeinen viel weniger mit dem Dichter und Künstler hadern, als es geschieht. Das Beste, was er gab, hat Gerhard Hauptmann aus den Anregungen, die auf ihn vom Sozialismus im umfassendsten Sinne ausströmten, gewonnen. Ob er sich dazu bekennt oder nicht, ist an sich gleichgültig. Nun tritt Gerhard Hauptmann mit einer neuen Dichtung, eben mit „Hannele Mattern's Himmelfahrt“ auf, die nicht Wenige befremden mag. Aus komischer Aengstlichkeit, um ja nicht den Anschein zu erwecken, als profanire man das kirchlich Heilige, mußte das Wort Himmelfahrt den Hoftheatern zu Liebe gestrichen werden. Also heißt die Bühnendichtung jetzt einfach Hannele. Weil sich in ihr kirchlich-christliches bis zu mystischer Verzückung offenbart, könnte man nun leicht zu dem Glauben veranlaßt werden, Gerhard Hauptmann sei ein Abtrünniger; und er, der noch neulich im „Wiberpelz“ den Herrschenden manchen Peitschenhieb versetzt hatte, bete nun, wie ein Frommbekehrter: „Ich habe gesündigt“ und sei mit heißem Bemühen daran, in den Geruch der Heiligkeit zu kommen. Mit einem Wort: Der Stärker in den Webern habe ein kindisches Weihnachtsmärchen erzählt. Ich glaube, nichts wäre ungerader, als solches Urtheil. Man muß sich nur bemühen, den Dichter von seinem Gebilde auseinanderzuhalten. So wesentlich verschieden Hannele von den Webern sein mag, e in ein gemeinsames geistiges Band umschlingt die beiden Dichtungen, eine wie die andere offenbar die Grundstimmung in Hauptmann's gesammten Schaffen: Das ist das Erbarmen, das tiefinnerliche Mitleid mit der gemarterten Kreatur.

An dramatischer Wucht, an umfassender Weite und Kühnheit sind die Webern für mich dem lyrisch-empfindsamen „Hannele“ weit überlegen, die innerliche Seele, die beide Dichtungen durchzittert, die eine Dichtung aufregend und erschütternd, die andere rührsam und elegisch, ist dieselbe. Des Dichters Blick fällt auf die Kernsten der Armen und ihre Noth; und diese Noth warmberzig zu veranschaulichen, ist für Gerhard Hauptmann ein Seelenbedürfnis. Bei der Schilderung der Noth in den Webern wird ein großes Weltbild ausgerollt, im „Hannele“ ein kleines, erbarmungs-würdiges Menschenjoch enthüllt. Der Unterschied in diesen Stoffen bedingt die anders geartete Behandlung. Farter und intimer ist des Dichters Weise geworden. Hannele Mattern ist eines jener unglücklichen Wesen, deren Erdemauern Jammer und Trübsal ist. Noch ehe sich ihre Augen für immer schließen, erlebt sie ein letztes, höchstes Glück, aber die Luft der Kernsten ist nur ein Traumgesicht, gewoben aus Erscheinungen ihres

biblischen Kinderglaubens, der Märchenwelt, in die sich Kinder zu flüchten pflegen, denen kein Sonnenstrahl auf Erden gegönnt ist. Denn die Sehnsucht nach Glück ist so gewaltig in ihrer Brust! Hannele hat einen bösen Stiefvater. Er ist ihr Peiniger. Kalte Kartoffeln sind ihre tägliche Kost und Wuthausbrüche des betrunkenen Vaters die Vergabe dazu. So wird das Kind weilsch und bellommen; und ihre trostlose Einsamkeit bedrückt ihre Phantasie mit lustigen Gestalten. Ihrer Erziehung nach beherrscht die biblische Legende vornehmlich ihre Einbildungskraft. Bis zum Apathismus steigert sich dies Innenleben, als das Mädchen heranwächst und die gefährliche Uebergangszeit naht, in der das Kind zur Jungfrau sich entwickelt. Was ihr noch Halt gab, war die Mutter. Die aber starb und in Hannele's kromphhaft erregtes Gemüth zieht die Todessehnsucht ein. Wieder hat sie der Vater gefoltert und blutrünstig geschlagen und Hannele geht ins Wasser. Sie wird aus dem Teich gezogen, aber die Erschöpfung verfallt in Fieberphantasien. Die wilden und seltsamen Träume bilden nun den Inhalt der Dichtung, in ihnen zieht das ganze Seelenleben des Kindes vorüber. An feinsten Fäden reich ist diese wehmüthige Glegie. Die ihr je ein freundlich Wort geschenkt haben im Leben, die werden zu Heiligen in ihren Visionen. In kindlich-jungfräulicher Weise erscheint ihr ihr Lehrer wie der himmlische Bräutigam, die Dialektistin, die sie pflegt, wie die verstorbene Mutter. Sie träumt, der Todesengel habe das Schwert über sie gestreckt und nun tauchen die Erscheinungen aus der engen irdischen Welt, in der sie gelebt hat, auf. Die Schulkinder kommen und singen Trauerlieder, die Ortsbewohner rufen ihrem Vater „Mörder!“ zu, sie selbst liegt wie eine Prinzessin in der Todtenbahre und Engel entführen sie nach dem Himmel. Das ist der letzte Moment ertaglicher Verzückung. Der Traum ist zu Ende. Das arme Hannele ist verschieden.

Wer eine frömmelnde Tendenz, oder romantischen Apathismus in dieser Dichtung erkennen will, der irt, wie meine persönliche Uebersetzung ist. Wie es in der Seele eines gefolterten Kindes, wie Hannele, aussieht, darauf kommt es dem Dichter an; und am allerwenigsten will er lehren, daß die Stäubigkeit einem gefolterten Menschenkind noch in der Todesstunde selige Hoffnungen einflößt. Freilich geht der Dichter über die strenge Naturbeobachtung hinaus. Das hervorragend Igrische Wesen der Dichtung hat ihn zu einer Taktik in der Sprache der visionären Engel verführt, die über das Geistesleben Hannele's weit hinausreicht. Ich weiß nur nicht, wie der Dichter das Wunderbare der Erscheinungen hätte anders glaubhaft ausdrücken können.

Die Darstellung im Schauspielhaus war, wenn man die Schwierigkeiten bedenkt, die solche überzarte feistliche Schilderung für das Theater bedeutet, aller Ehren wech. Insbesondere wandte Frä. Konrad (Hannele) großen Kunstverstand auf. Das Publikum blieb seiner Mehrheit nach ergriffen im Wahn der Dichtung. Alpha.

Unsere Hausdiener sind ängstlich, daß sie ihren Rachen nicht voll kriegen. Sie haben irgendwo läuten hören, daß Gelder aus der Alters- und Invaliditätsversicherung gegen 5 1/2 pCt. Zinsen zum Bau von sog. Arbeiterwohnungen hergegeben werden sollen und verlangen nun vom Reichsamt des Innern, als der obersten Verwaltungsinstanz kategorisch Aufklärung über diesen Eingriff in die geheiligten Vorrechte des Privatprofits. Ueber unsere Stellung zu Arbeiterwohnungen und dergleichen brauchen wir unsere Leser hier nicht erst zu unterrichten, aber einen gehörigen Fußtritt gönnen wir unseren prohären Hauspaschas bei dieser Gelegenheit dennoch. Freilich weiß man ja, wie ängstlich oben die Interessen der Geldprohen respektiert werden.

Ein großes Schlaglicht auf das Arbeitsverhältnis der Hausdiener, wie es sich gewiß kein Gewerbegehilfe gefallen lassen würde, wirft folgendes als wahr verbürgtes Geschick: Ein Hausdiener Frau liegt im Sterben, er bittet den Chef, nach Hause gehen zu dürfen. Die Bitte wird ihm abgeschlagen. „Sie müssen mit Waare nach Charlottenburg, das ist wichtiger“, war die Antwort des Chefs. Der Hausdiener geht nach Charlottenburg, während dessen stirbt seine Frau ohne ihren Mann nochmals gesehen zu haben. Als dieser zurückkommt und Nachricht von ihrem Ableben erhält, bittet er den Chef nochmals, nach Hause gehen zu dürfen, um die notwendigen Schritte zur Beerdigung einzuleiten. „Das können Sie morgen früh machen, heut habe ich noch viel Arbeit für Sie“, war die Antwort. Der Hausdiener geborachte. — Am Tage der Beerdigung bittet der Hausdiener den Kaufmann, um 11 Uhr Vormittags nach Hause gehen zu dürfen. Was antwortet jetzt der Profitwätherich? „Wenn Sie um 2 Uhr gehen — die Beerdigung war um 3 Uhr angesetzt — kommen Sie auch noch zur rechten Zeit und können um 4 Uhr zurück sein. Sie werden doch nicht etwa nach der Beerdigung eine Festlichkeit feiern wollen?“ Der Hausdiener sigte sich dem Willen seines „Herrn“, und wie er mit Tränen im Auge versicherte — er mußte es, um seine Stelle nicht zu verlieren und seine Schulden abzahlen zu können, die im reichen Maße infolge früherer langer Arbeitslosigkeit, sowie infolge der Krankheit und des Todes seiner Frau vorhanden waren.

Um den bedauernswürdigen Mann nicht außer Brot zu bringen, müssen wir leider darauf verzichten, seinen Namen zu veröffentlichen. Aus dem gleichen Grunde ist es uns selbstredend auch unmöglich, den Patron, der über ihn als Herr gebietet, der Verachtung aller anständigen Menschen preiszugeben.

Ueberfluß an Arbeitskräften überall. Anlässlich der Neuerrichtung von Telefonstationen sind an das Post-Postamt unzählige Gesuche um Anstellung, besonders seitens weiblicher Bewerber gerichtet worden. Die Antworten lauten aber dahin, daß Restantinnen bereits in solcher Masse vorgemerkelt seien, daß der Bedarf auf lange Zeit hinaus vollständig gedeckt wäre.

Der Militärstaat. Heute, Donnerstag, Mittag 12 Uhr werden der Lustgarten, die Schloßbrücke und die Kaiser-Wilhelmsbrücke für jeglichen Verkehr abgeparkt werden. Warum? Die Rekrutenverabreichung soll im Lustgarten erfolgen.

Die städtischen Volksbibliotheken geben den kürzlich an dieser Stelle besprochenen Jugendbibliotheken der Gemeindefschulen in Bezug auf die Dürftigkeit ihres Bücherbestandes, worauf wir ebenfalls schon mehrfach hingewiesen haben, nichts nach. Auch sie enthalten neben recht wenig gutem eine Menge werthlosen Schund, den kein nach wirklicher Belehrung trachtender Arbeiter wird lesen wollen. Die Kommission für die Verwaltung der Volksbibliotheken behauptet, daß selber endlich eingesehen zu haben; sie erklärt in ihrem Verwaltungsbericht für das Jahr 1892/93, sie sei „darauf bedacht, die Bibliotheken von den in ihnen aufgetriebenen veralteten und werthlosen Werken zu befreien.“ Diese „Befreiungsarbeit“ geht aber recht langsam von statten. Im Berichtsjahre sind nur drei Bibliotheken „neu ausgestattet“ worden, und der auf „Neuanschaffung“ verwandte außerordentliche Zuschuß betrug nur 4699 M. Für solche Dinge scheint eben kein Geld im Stadtsäckel zu sein, wie ja auch der ordentliche Zuschuß aus Gemeindefonds für alle 27 Bibliotheken zusammen nur 24 300 M. betragen hat. Nach welchen Gesichtspunkten die „Neuanschaffung“ erfolgt, lehrt der neue Katalog der einen der oben erwähnten drei Bibliotheken, der 24. nämlich. Der Katalog umfaßt 1667 Nummern; davon kommen nur 51 auf die Abtheilung „Staats- und Rechtswissenschaft“ und unter diesen 51 nur 6 auf die Unterabtheilung „Volkswirtschaftslehre und Statistik“. Es ist also bei der „Neuanschaffung“ dieser Bibliothek den Bedürfnissen der aufgklärten Arbeiter wieder nicht in gebührender Weise Rechnung getragen worden. Dabei liegt die 24. Bibliothek Reichenbergerstraße 44/45, also mitten in einem fast ausschließlich von Arbeitern bewohnten Stadttheil. Wenn die Verwaltung der Volksbibliotheken diese so weiter „neu ausstattet“, wird sie sich nicht wundern dürfen, wenn die Zahl der Leser und der ausgeliehenen Bände immer weiter heruntersinkt. Die Arbeiterbevölkerung Berlins sucht sich, soweit ihr Verbedürfnis über bloße Unterhaltungsliteratur hinausgeht, ihre Lektüre längst an anderer Stelle, und das kann und wird jedem Freunde der Verbreitung wahrer Volksbildung nur lieb sein. Die 27 städtischen Mahlaturmagazine, die sich stolz „Volksbibliotheken“ nennen, haben sich diesen Namen erst noch zu verdienen. Aber dazu bedürfte es einer gründlicheren Aufklärung unter den allen Schichten, als sie von einer bürgerlich gestimmten Verwaltung zu erwarten ist.

Religiöser Wahnsinn. Eine entsetzliche Selbstverunstaltung aus religiösem Wahnsinn hat sich am Sonntag Abend die bei dem Handelsmann Schneider an der Königs-Chaussee dienende unerschrockene Marie Trankowsky aus Onien beigebracht. Das junge Mädchen, welches außergewöhnlich religiös veranlagt ist und für sogen. Wettersammlungen schwärmt, besuchte, so berichtet die „Staatsb.-Ztg.“, seit einiger Zeit hinter dem Rücken ihrer Herrschaft Abends die sogen. Halleinversammlungen der Heilarmee an der Prenzlauer Chaussee, für welche sie schlechthin derartig schwärmt, daß sie die Wirtschaft vernachlässigte und alles um sich her vergaß, so daß sie schon wiederholt ernste Klagen bekommen hatte. Am Sonntag Abend hatte nun das Mädchen wiederum jene Versammlung besucht und einen verhängnisvollen Eindruck von derselben mit nach Hause genommen, daß sie vollständig wie wir und in einem fort phantasierte. In ihrer fixen Idee, sie hielt sich nämlich für eine Braut Christi, beging sie nun die tollsten Dinge, sie entkleidete sich den Oberkörper und unterwarf denselben einem entsetzlichen Martyrium, indem sie sich mit einem glühend gemachten Feuerhaken bestrich und brannte. Aber damit noch nicht genug. Das wahnsinnige Mädchen hatte sich auch noch von ihrer linken Hand den Heiligfinger ab und sie hätte diese Martyrprozedur, um, wie sie sagte, schnell zur Jesu zu kommen, noch weiter ausgeführt, wenn nicht die Herrschaft hinzugekommen wäre. Auf Anordnung eines schnell herbeigeholten Arztes wurde nun die Unglückliche schleunigst nach dem Krankenhaus geschafft. Leider ist aber wenig Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten.

Einem armen Drehorgelspieler ist am 5. d. M., Abends zwischen 5 und 6 Uhr, vor dem Hause Pflanzstr. und Kleine Alexanderstr. das seine Drehorgel gestohlen worden. Das Instrument trug den Namen Doll Nr. 20. Wer Auskunft über den Verbleib der Drehorgel geben kann, wird gebeten, Herrn A. Buchwald, Landwehrstraße 22, Mittheilung zu machen. — Einem anderen armen Drehorgelspieler ist am 13. d. M. ein haariges Portemonnaie mit 30 M. in Gold und einem Dinge verlorene gegangen. Das Geld war ihm vom Leibant für einige Habseligkeiten gegeben worden, die er verfehlt hatte. Der ehrliche Finder wird gebeten, den Fund gegen gute Belohnung in der Expedition der „Vorwärts“ abzugeben.

Die Aufräumungs- und Ablöscharbeiten auf der Brandstätte der Hageberg'schen Fabrik in der Marienstr. dauern

noch fort. Bis Mittwoch früh 6 Uhr, um welche Zeit die Löschmannschaften abgelöst wurden, brannte es noch beständig unter den aufgetriebenen Schutthaufen, so daß mehrere Handdruckspritzen unangeseht Wasser geben mußten. Gestern Vormittag war die Feuerwehr noch mit elf Fahrzeugen zur Stelle. Der Zustand der unverschämten Arbeiterin Jantich, die bei dem Feuer schwere Brandwunden davongetragen, soll sich ganz bedeutend verschlimmert haben.

Die Gehern von uns der Oeffentlichkeit zugänglich gemachte „Bourgeoisität“ des „Berliner Fremdenblatts“ wird von diesem Blatte zu beschneiden versucht. Es meint, nicht im Interesse der Pomadenhengie und Schminkefrauen, die Geld genug haben, um zweiter Klasse fahren zu können, sondern im Interesse der kleinen Leute, sei es vollberechtigt, eine Ausnahmebestimmung einzuführen und für die Arbeiter, deren Kleidung die anderer Leute bestrickt, Extra-Abtheilungen einzuführen. Der „Kleine Kommiss“, die Näherin, viele Medaillenteure und tausend kleine Leute“ haben bislang in Wogons 3. Klasse in und um Berlin nur die Wahrscheinlichkeit gemacht Gelegenheit gehabt, daß der Arbeiter, Arbeiter, wie sie selbst es sind, ist und daß er trotz angestrebter Arbeit, Uebermüdung und unsauberem Arbeitsmittel in allem, was Anstand betrifft, Leuten vom Schlage der gestern gekennzeichneten Leser des „Berl. Fremdenbl.“ unendlich überlegen ist. Betreffs der Unverschämtheiten, denen „Näherinnen“, auch „Kleine Kommiss“ von derartigen Leuten ausgesetzt sind, genügt die Erinnerung, daß die von der „vornehmen Welt“ genutzten Abendjäger sittenpolizeilich überwacht werden müssen. — Vielleicht hängen wir nächstens wieder einmal ein Artikelchen solcher Bourgeoisblätter niedriger — Ehre auch, wenn Ehre nicht gebührt.

Man soll den Teufel nicht an die Wand malen. Vor etwa vierzehn Tagen lehrte in das Hotel Merkur, Friedrichstr. 99, eine aus Mann, Frau und drei Kindern bestehende Familie ein, und der Wirth war über den reichlichen Zuwachs an Gästen bei der gegenwärtig herrschenden kalten Zeit recht erfreut. Der Mann machte den unerkennbaren Eindruck der Wohlhabenheit, nannte sich Ingenieur Karl Triebe aus Oranienburg, der als Vertreter eines bedeutenden Hauses mit der ganzen Familie die Weltanschauung in Chicago besucht habe und sich jetzt eine Zeitlang in der deutschen Reichshauptstadt aufhalten gedente. Alles wäre auch ganz recht verlaufen, wenn nicht der Wirth mit der Rechnung gekommen wäre. Als nun der angebliche Triebe Ausflüchte machte, suchte der Gasthofbesitzer ihn durch die Neugier zur Zahlung zu veranlassen, daß er sonst eins von den Kindern als Geißel zurückbehalten werde. Die Unvorsichtigkeit dieser Kundgebung sollte bald klar zu Tage treten. Der Familienvater entfernte sich unter dem Vorgeben, von seinem Bruder Geld holen zu wollen, lehrte aber überhaupt nicht zurück und überließ dem verblüfften Wirth die ganze Familie als Pfand. Wie verläutet, hat die Familie auch noch andere Gasthofbesitzer in derselben Weise geirrt. Der Name war natürlich falsch angegeben: es soll eine Familie Engel sein, die in Charlottenburg zuletzt gewohnt hat.

Im Nachtquartier. Als Mittwoch Morgen der Kaufmann Wenig, Kleiststr. 22, seinen Delikatessenladen öffnete, fand er in einem Nebenzimmer einen jungen Mann auf dem Sopha schlafend. Auf dem Tisch standen mehrere Bierflaschen, lagen angeschnittene Würste und Schinken und — ein Bund Dietriche. Die Ledertasche war zerbrochen und ihres Inhalts beraubt, mehrere Pakete, Delikatessen enthaltend, standen zusammengepackt auf dem Boden. W. ließ den Eindringling ruhig ausfliehen, bis ein Schuhmann erschien, welcher den Einbrecher mitnahm. Der Verhaftete, ein Schlossergeselle Müller, will lediglich, um eine Schlafstelle zu gewinnen, den Einbruch verübt haben.

Einem Heberfall haben kürzlich mehrere Strolche auf einen Berliner Bierkutscher in der Wuhlschloß ausgeführt. Der Letztere fuhr am Abend, von Köpenick kommend, die Hummelsburger Chaussee entlang, als sich plötzlich mehrere Männer auf den Wagen schlangen und unter Drohungen von dem Kutscher die Waagschale forderten. Da der Bierkutscher den vier Männern gegenüber wehrlos war, händigte er ihnen sein Portemonnaie ein, in welchem sich nur wenige Mark befanden, und wurde dann auch nicht weiter belästigt, obwohl er noch eine große Summe Geldes im Stiefelschloß aufbewahrt hatte. Die Begegnung führte noch kurz bis vor Hummelsburg mit, um sich, begünstigt von dem Dunkel der Nacht, seitwärts in die Büsche zu schlagen.

In einem Baum hängend aufgefunden wurde Dienstag Morgen durch einen Schuhmann im Biergarten nahe dem Schloße Bellevue die Leiche einer etwa 50 Jahre alten Frau. Die Selbstmörderin hatte sich eine Zuckerschur sechs Mal um den Hals gewickelt, die Enden an dem Ast eines Baumes festgeknotet und sich dann durch Niederstehen erdroffelt. Wer die Leiche ist, hat Mangel jeglichen Inhalts noch nicht festgestellt werden könne. Sie hat dunkles Haar und war mit einem braunen Rock und einem blau und roth gestreiften Mieder bekleidet.

Ein Vorgang von gemeiner Brutalität ereignete sich Mittwoch Vormittag vor der Marienkirche in der Kaiser-Wilhelmstraße. Hier fuhr um 10 1/2 Uhr zwei Schlächter auf einem Wagen in rasender Schnelligkeit durch die Straße. Wenige Schritte vor dem Wagen ging der Hausdiener Krüger, der in einem Geschäft der Königsstraße angestellt ist. Ehe er sich noch in Sicherheit bringen konnte, wurde er von den wild dahin stürmenden Pferden zu Boden gerissen und Vorder- und Hinteräder glüht ihm über beide Beine. Die frechen Buben aber lachten johlend von dannen, durch Geberden andeutend, daß dem Verunglückten ganz recht geschehen sei. Oeffentlich tragen diese Jellen dazu bei, die Thäter zu ermitteln und der verdienten Bestrafung entgegenzuführen.

Polizeibericht. Am 12. d. M. Vormittags wurde ein Mädchen in seinem Schlafzimmer in der Säbenerstr. 27 durch Leuchtgas beknüpft aufgefunden und nach dem Krankenhaus transportiert, wo es in der Nacht um 13. d. M. starb. — Am 14. d. M. Nachmittags schoß sich ein Arbeiter in seiner Wohnung, in der Steinwegstraße, mit einem Revolver eine Kugel in die Brust. Er wurde noch lebend nach dem Elisabeth-Krankenhaus gebracht. — In der Lützowpapiersfabrik von Ed. Hageberg, Marienstr. 21, brach Morgens Feuer aus, das sich schnell über sämtliche Stockwerke ausbreitete und auch den Dachstuhl ergriff. Zwei Arbeiterinnen erlitten Brandwunden im Gesicht und wurden nach der Charitee gebracht. — Außerdem fanden im Laufe des Tages fünf kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Gewerbegericht. Kammer III. Vorsitzender: Affessor Guno. Sitzung vom 14. November. Interessante Entscheidung. Gegen die Kaufmann Kempe und Ulrich klagte seiner Zeit der Kolonnenführer Thorac auf Zahlung einer größeren Summe, die unter die Kolonnenmitglieder, welche sich „an ihn hielten“, bei obigem Urteil zu vertheilen war. Die beklagte Firma wurde verurtheilt, legte aber bei Hinterlegung der Klagesumme sofort Berufung ein. Die Steinträger Budow und Walter hatten jetzt, nachdem einige Monate vergangen sind, keine Lust mehr, länger auf die Entscheidung der Berufungsinstanz zu warten und wandten sich an das Gewerbegericht, indem sie auf Zahlung ihres Theils der hinterlegten Summe klagten. Das Gericht urtheilte: Dadurch, daß Thorac als Bevollmächtigter der Kl-

beiter eine dem Beklagten die Berufung sichernde Summe einlagte, sei diesen ihr Recht nicht beschränkt worden, ihre Forderungen selbstständig geltend zu machen. Da nun auch heute noch das Gericht die Gründe als stichhaltig betrachte, welcher im Sommer zur Berufung der Beklagten führten, seien ihrem Antrage gemäß den Klägern 13,75 M. und 6 M. Verfaßungskosten und 16,50 M. und 3 M. Verfaßungskosten zugubilligen.

Gewerbegericht. Kammer VIII. Sitzung vom 11. November. Vorsitzender: Affessor Freund. Der Buchbinder Beholz verlangt vom Kartonfabrikanten Streubel 13 M. rückständigen Lohn und im Auftrag seiner Frau weitere 11 M. Der Kläger wird durch den Kartonarbeiter Greisenberg, der Beklagte durch den Fabrikanten Quiel vertreten. Der Beklagte hatte die Frau Beholz in Dresden als Kartonarbeiterin am 11. September engagirt und ihr einen Reisevoranschlag gegeben. Am 18. trat sie in Berlin in seine Werkstätte ein, ihr Mann ebenfalls. Dieser bekam 6 M. Voranschlag. Die Milderstellung der Vorstände sollte nach der von Streubel mit den Beholz'schen Eheleuten getroffene Verabredung in kleinen Raten erfolgen. Am 5. Oktober Vormittags ließ Streubel sich einen Revolver von beiden unterschreiben, wonach eine Kündigung im Geschäft nicht stattfinden. Am Nachmittag wurde Herr Beholz aufgefordert, sich nach anderer Arbeit umzusehen. Am andern Tage, Vormittags um 11 Uhr verließ Beholz die Arbeit, um sich, wie sein Vertreter im Termin behauptete, Arbeit zu suchen. Sein verdienter Lohn, 13 Mark, wurde ihm einbehalten. Am folgenden Tage, einem Sonnabend wurde von Streubel der Frau Beholz nahe gelegt, ihre Stellung bei ihm aufzugeben — nach seiner Aussage, weil er befürchtete, sie würde eines Tages nicht wiederkommen und er den nach Abzug jener 13 M. verbleibenden Voranschlag verliere; auch ihren Lohn behielt er deshalb ein. Als die arme Frau begrifflicher Weise in Klagen darüber ausbrach, daß sie ja nun nicht wisse, wonon sie leben solle, versprach ihr der vorsichtige Arbeitgeber 4 M., wenn sie ihm ihr Ehrenwort gebe, daß sie solange bei ihm arbeiten wolle, bis von dem nun täglich zu zahlenden Lohn in kleinen Raten der ganze Voranschlag ihm zurückerstattet sei. Die bedrängte Frau ging darauf ein, gab aber am Montag auf Veranlassung ihres Mannes die Arbeit doch auf. Der Vertreter des Klägers begründete die Klage damit, daß die Abmachung betreffs der kleinen Ratenzahlungen den Beklagten nicht berechtigt hätte, den Voranschlag mit einem Male abzuziehen. Der Lohn müsse den Beholz'schen Eheleuten ausgezahlt werden; den Voranschlag würden dieselben, wie abgemacht, in kleinen Raten Herrn Streubel zurückerstatten. Von diesem behauptet Greisenberg, er habe sich aus Dresden die Leute bezogen, die Frau geholt, um recht wenig Lohn zahlen zu brauchen; die Berliner Arbeitskräfte seien theurer wie die Dresdener. Die Frau habe — das kennzeichne des Beklagten Geschickes — mehrere Nächte durcharbeiten müssen; in einem Tage und einer Nacht, in annähernd 24 Stunden also, hätte sie, sage und schreibe — 2,10 M. verdient. Uebrigens hätte der Beklagte auch nicht das Recht gehabt, den Buchbinder Beholz für die Voranschlagsleistung an Frau Beholz haftbar zu machen. Letztere Ausföhrung erkannte der Gerichtshof als richtig an, war aber der Meinung, daß die Einbehaltung des Lohnes der Frau als Kompensation des Voranschlags berechtigt gewesen sei, weil dieselbe erwiesenermaßen selbst die Arbeit verlassene habe, und das Geld, wie beabsichtigt, vom Lohn nicht abgezogen werden konnte. Er verurtheilte deshalb den Beklagten nur zur Zahlung von 11 M. an den Buchbinder Beholz. Diesem waren mit Rücksicht auf seinen Voranschlag von 6 M. bereits während seiner Thätigkeit beim Beklagten 4 M. abgezogen worden. Die fehlenden 2 M. sind demnach durch das Gericht vom eingeklagten Lohn in Abrechnung gebracht worden.

Fünf Monate unschuldig in Untersuchungshaft! Ein Mißgriff der Kriminalpolizei führte eine angebliche Diebes- und Hehlerbande, deren Haupt fünf Monate lang in Untersuchungshaft gefesselt haben, vor die erste Strafkammer am Landgericht II. Unter der Anklage des Bandendiebstahls standen der Zigarrenstickermacher Dölar Schneider und die Zigarrenmacher Paul Kempe und Johann Bark, unter der Anklage der Hehlerlei Frau und Tochter des ersten Angeklagten, Frau Julie Schneider, geb. Kaufhinsky, und Anna Schneider. In Weissenhof wurden in der ersten Hälfte d. J. zahlreiche Einbruchsdiebstähle verübt. Die Berliner Kriminalpolizei, deren Kompetenz bekanntlich auch auf die Vororte ausgedehnt ist (wenn auch ohne praktischen Erfolg), glaubte in Schneider, Kempe und Bark die Eindringler ermittelt zu haben. Bei einer Hausdurchsuchung fand man in Schneiders Wohnung „Goldsachen“, die an einer, bei Kempe Zigarren — sechs Stück —, die an einer anderen Stelle gestohlen sein sollten. Bei Bark wurde eine Wachsstockdecke gefunden, die auch gestohlen sein sollte. In der Hauptverhandlung ergab sich, daß die Decke der Mutter des Bark gehörte. Die Zigarren des Kempe entpuppten sich als die Rauchzigarren, die jeder Zigarrenmacher von seinem Prinzipal erheilt und Kempe hatte erwiesenermaßen bei einem der angeblich Verübten gearbeitet. Die bei Schneider gefundenen „Goldsachen“ lagen ebenfalls dem Gerichtshof vor, doch überzeugten sich die Richter selbst, daß dies keine Goldsachen, sondern vergoldete Bijouteriefachen seien; während den Verübten tatsächlich Goldsachen abhanden gekommen sind. Von den geladenen 29 Zeugen konnte kein einziger die Angeklagten mit Sicherheit belassen; die beschlagnahmten Sachen konnten die Verübten nicht als ihr Eigenthum rekonstruiren, nur die beiden Kriminalbeamten, welche die Recherchen geleitet haben, behaupteten, die Angeklagten seien die Thäter, beweisen konnten sie das auch nicht. Der Gerichtshof sprach daher sämtliche Angeklagten frei.

Wird den unschuldig inhaftirt gewesenen Leuten irgendwelche Entschädigung zu theil? Nicht für die ausgestandenen Ersenkungen, denn diese sind nicht mit Gold aufzuwiegen, wohl aber für pekuniäre Nachteile, die sie betroffen haben! Nein! Für unschuldig verurtheilte Inhaftirte hat der preussische Militärstaat bisher noch ebensowenig übrig gehabt, wie für manche anderen humanitären Zwecke, die in einem Kulturstaat selbstverständlich sind. Aber bei alledem — die Kulturaufgaben leiden ja nicht unter dem ungeheuren Druck des Militarismus.

Ein Ehedrama, welches ursprünglich zu einem Verfahren wegen versuchten Gattenmordes Veranlassung gegeben hat, schließlich aber nur zu einer Anklage wegen Körperverletzung mittelst einer Schusswaffe führte, beschäftigte gestern die 4. Strafkammer des Landgerichts I. Aus der Untersuchungshaft wurde die im Jahre 1859 geborene Restaurateurs-Gesfrau Louise Kehn vorgeführt. Sie ist seit neun Jahren verheiratet und Mutter von fünf Kindern. Nach der Anklage ist die Ehe eine sehr unglückliche gewesen, gegenseitige wörtliche und thätliche Beleidigungen waren an der Tagesordnung. Die Angeklagte gab zu, daß sie ihrem Manne die eheliche Treue nicht bewahrt habe, desselben Vergehens habe sich aber auch ihr Mann schuldig gemacht. Im Dezember v. J. war das unglückliche Verhältniß auf den Höhepunkt gekommen. Von beiden Seiten war die Scheidungsklage eingeleitet worden, von beiden Seiten wurde hierzu Material gesammelt. Am Morgen des 14. Dezember v. J. hatte sich die Angeklagte in früher Morgenröthe vom Hause entfernt, um Nachrichten von einem Detektivbeamten eingeholen, den sie zur geheimen Ueberwachung ihres Ehemannes angenommen hatte. Als sie zurückkehrte, wurde sie von ihrem Manne mit Vorwürfen empfangen, daß sie ihre häuslichen und mütterlichen Pflichten vernachlässige. Wie der Zeuge Kehn behauptete, hat seine Ehefrau im die gemeinsten Schimpfworte ins Gesicht geschleudert. Da habe er sich hirtreiben lassen, seiner Frau eine Ohrfeige zu geben. Diese habe nun einen Revolver, den sie seit Jahren in ihrer Kleiderkiste bei sich geführt habe, hervorgezogen und mit den Worten: „Gund, jetzt schieße ich Dich!“ auf ihn angelegt. Er habe es vorgezogen, in ein

Cholera. Lemberg, 19. November. In Galizien sind in den letzten 48 Stunden 12 neue Erkrankungen und 10 Todesfälle an Cholera vorgekommen. Sechs Choleraerkrankte sind genesen. — Konstantinopel, 12. November. Von Freitag bis Sonnabend früh sind hier insgesamt 23 Erkrankungen an Cholera vorgekommen. Die Zahl der Todesfälle ist noch nicht festgestellt. In Pera ist eine Person an Cholera erkrankt, in der Vorstadt Kasio sind 16 Personen erkrankt und 4 gestorben.

Eingelaufene Druckschriften.

Wahrheit und Verleumdung in der Stotter-Heilkunde. Von Rudolf Denhardt. Berlin. Verlag Hugo Steinhilber.
Die Aneipp-Kur. Die Wasserkur des Pfarrers Aneipp. Von Dr. M. Birnbaum. Preis 2 M.
Humoristische Original-Vorträge und Couplets. Von Oskar Klein. Verlag Hugo Steinhilber. Preis 3 M.
Die schwierigsten Sachen. Soziales Couplet von Richard Heise. Mit Klavierbegleitung. Verlag R. Heise. Berlin N. Preis 30 Pfennige.
Der freie Sänger. Lieder für vierstimmigen Männerchor. Herausgegeben von Karl Gramm. Stuttgart. Verlag von J. G. D. Dieb.
Der Wahre Jakob (Nr. 191) ist reich illustriert erschienen.

Depeschen.

(Wolff's Telegraphen-Bureau.)

Hannover, 15. November. Heute begann vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts ein Nachspiel zu dem großen Spieler- und Bucherer-Prozess. Es sind des gewerbs- und gewohnheitsmäßigen Buchers angeklagt: Rentier Krain und Frau Suhl aus Berlin, die Agenten Holmann und Sirch und die Wittwe Schmieger aus Hannover. Den Vorsitz des Gerichtshofes führt wiederum Landgerichts-Direktor Heinrich, die Staatsanwaltschaft vertritt Gerichtskassator Seel. Den Angeklagten steht eine Reihe von Verteidigern zur Seite.

Paris, 15. November. Eine Depesche des Generalgouverneurs von Hinter-Indien de Lanessan stellt die Nachricht der englischen Blätter in Abrede, daß mehrere Laosleute, welche die Arbeit am oberen Mekong verweigerten, erschossen worden seien. Die Laosleute seien sehr zufrieden mit der französischen Okkupation.

Im Palais Bourbon fanden heute Nachmittag verschiedene Versammlungen von Deputirten statt, um parlamentarische Gruppen zu bilden. Insbesondere hat die frühere landwirtschaftliche Gruppe unter dem Vorfig Méline's ihre Rekonstitution beschlossen.

Briefkasten der Redaktion.

H. D. Sprechen Sie zwischen 12 und 1 Uhr vor: ein Testament verfügt über den gesamten Nachlaß. Bringen Sie dasselbe mit.
S. Tich., Rixdorf. Es bleibt Ihnen nur der Klagenweg und sodann der Versuch durch Pfändung zum Gelde zu kommen. Trägt Schuldnerin ihr Geld bei sich, so hindert dieser Umstand die körperliche Durchsuchung und Pfändung nicht.
Scholle. Hat der Betreffende 1892 zu zahlen versprochen oder die Forderung anerkannt, oder hat er zum Gewerbe die Möbel entnommen, so liegt Verjährung nicht vor.
F. F. Weitere Bestimmungen als die, daß die unentbehrlichsten Gegenstände nicht gepfändet werden können, existieren nicht: es ist bei Ihnen leider mit Recht gepfändet.
M. G. Eine Petition würde zwar nicht viel erreichen, aber nicht schaden, um eine Aenderung der gewerbegesetzlichen, von der sozialdemokratischen Fraktion seinerzeit bekämpften Bestimmung herbeizuführen, die zur Folge hat, daß Schuhmacher, die alte Stiefel kaufen, reparieren und weiterverkaufen, als Trödler erachtet und zur Führung eines Trödelbuchs verpflichtet sind.
Fürth, Bld. Vorsitzender des Textilarbeiter-Verbandes (Zentrale Berlin) ist Julius Janz, Königsbergerstr. 33.

Verlag des „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.
 Berlin SW., Genthstr. 2.

Sieben ist erschienen und empfehlen wir zur Anschaffung:

Ferd. Lassalle's Reden und Schriften.
 Band III. (Schlußband)
 unserer neuen Gesamt-Ausgabe.
 Herausgegeben von Eduard Bernstein, London. [443,2]

Mit einer kritisch-biographischen Einleitung: „Lassalle und seine Bedeutung für die Sozialdemokratie“, sowie mit Vorbemerkungen und kritischen Randnoten versehen. Der erste Band enthält das Stahlstich-Portrait Lassalle's.

Das ganze Werk liegt nunmehr komplett vor und ist zu beziehen:

Band I.: geb. Mk. 2,50; in Leinen gebunden Mk. 3,—	— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 4,—
Band II.: geb. Mk. 4,—; in Leinen gebunden „ 4,50	— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 5,50
Band III.: geb. Mk. 3,50; in Leinen gebunden „ 4,—	— in Halbfranz gebunden (Leinwandgebunden) „ 5,—

oder auch in 50 Lieferungen à 20 Pfennige.

Jede Buchhandlung, sowie Kolporteur und Zeitungs-Expeditoren nehmen Bestellungen entgegen.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Gesangverein Liedesfreiheit I.
 Mitglied des A.-S.-V.
 Am Sonnabend, den 18. November 1893:
 Zur Feier seines 32. Stiftungsfestes:
Grosses Vokal- und Instrumental-Concert
 in den Concordia-Festsälen, Andreasstr. 61.
 Zur Ausführung gelangt u. a.: Deutschland ein Wintermärchen.
 Von Scheu. Mit Orchester-Begleitung.
 Billets à 30 Pf. Nach dem Concert: Tanz. Herren, die daran teilnehmen, zahlen 50 Pf. nach. 447/1

Achtung! Rixdorf. Achtung!
 Sonnabend, den 18. November, Abends 8 1/2 Uhr, in den „Viktoria-Festsälen“, Hermannstrasse, vis-à-vis der Vereinsins-Branerei:
2. Stiftungs-Fest
 des Sozialdemokratischen Vereins Vorwärts zu Rixdorf,
 bestehend in
gr. Vokal- und Instrumental-Konzert
 ausgeführt von Mitgliedern der freien Vereinigung der Jüdisch-Berufsmusiker unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Schneeglöckchen I.“
 Auftreten des Volkskomponisten Gont. — Lebende Bilder.
 Festrede, gehalten vom Reichstags-Abgeordneten Fritz Zubeil.
 489/9 Nachher: **Grosser Ball.**
 Alle Freunde und Genossen ladet ein Das Komitee.

Tempel's Bierhaus
 Langestraße 65. 51471.*
 Gr. Vereinszimmer mehrere Tage frei.

!! Roh-Tabak !!
 Sämtl. in- u. ausländische Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Roh-Tabak-Handlung
 Brunnenstr. 185.

Presskohlen.
 Anerkannt beste **Stettenerberger „Marie“**, 18 cm lg, 5,50 M., 18 cm lang 7,00 M. frei Keller mit Fuhrlohn und Boden. Holz, Steinkohle, Coaks billigst. Musterkohlen gratis frei Haus. 543b
Frischhausen & Co.,
 Comptoir: 80. Wienerstrasse 18, am Oßlicher Bahnhof.
 Kohlenplatz: Kottbuser Ufer 30.

Homöopath. Arzt Dr. Gösch, Einienstr. 149, 8-10, 5 bis 7, Sonntags 8-10 Uhr.

!! Roh-Tabak !!
 Sämtliche in- u. ausländische Sorten gute Qualität, tadelloser Brand, in billiger Preislage, empfiehlt
Max Flatauer, Roh-Tabak-Handlung.
 Landsbergerstraße 72.

Detailverkauf sämmtl. Sorten
Roh-Tabak
Rud. Völcker & Sohn,
 Köpnickstr. 45. [111b]

Sarg-Magazin
 von Jul. Kosin,
 66. Georgenkirchstraße Nr. 66.
 Sämtliche zur Beerdigung notwendigen Gänge etc. werden unentgeltlich besorgt 41192*

Freunden und Genossen empfehle meine
Destillation und Stehbierhalle.
F. Mohnke,
 Invalidenstr. 6, Eingang Bergstr.

Jeden Donnerstag:
Gr. Gänse-Auspielen
 auf 2 Villards. Gänse nicht unter 10 Pfd. 5148L.*
C. Langkutt,
 11 Genth-Str. 11.

Materialgesch., Milch, Backwaaren, viel Bierauslaß, ist preiswerth zu verk. Köpnickbergerstr. 32. 179b

* Vereinszimmer 3. verg. Louisestr. 60.

Genossen und Freunden empfehle ich meinen Halb- u. Hammelfleisch-Verkauf. Halb à Pfd. 40-50 Pf., Hammel 35-40. Frau J. Schulze, Markt- hallen-Strand 15, Eisenbahnstr. 178b

Vereinszimmer in Pianino ist zu verg. Genthstr. 11. C. Langkutt. 51492*

M & E verkauft sofort, bill. Kirch, Steglitzerstr. 12, Querg. I. 191b

Grünauerstr. 25 sind recht freundl. kleine Wohnungen preiswerth zu verm.

Nordweststr. 11. Wohn. 150 bis 210 M. Wilhelmshavenerstr. 16. [114b]

Eine l. Küche (sep.) ist an eine anst. Person z. l. Dez. zu verm. Näh. bei Großmann, Brangelstr. 110, Hof 4 Tr.

Berein zur Wahrung der Interessen der Gast- u. Schankwirths
 Berlins und Umgegend.
Mitglieder-Versammlung
 am Freitag, den 17. ds. Mts., Nachmittags 5 Uhr, bei
Kuhlmei, Schönhauser Allee Nr. 28.
 Tages-Ordnung:
 1. Wissenschaftlicher Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Da am Freitag in sämtlichen Berliner Reichstagswahlkreisen die Parteiverfassungen stattfinden, wird die Versammlung pünktlich eröffnet.
 164/2 Der Vorstand. J. M.: W. Lorenz.

Grosse Berliner Schneider-Akademie.
 Berlin C., Rothes Schloß Nr. 1. 9608L.*
 Größte und einzige Fachschule, welche nach der verbesserten und vervollkommenen Methode des verstorbenen Herrn Direktors Fuhrn unterrichtet. Garantie für gründlichste theoretische und besonders praktische Ausbildung in Herren-, Damen- und Wäsche-schneiderei. Unentgeltlicher Stellennachweis. Prospekte gratis. Empfehlenswerth: Lehrbuch zum Selbstunterricht in der gesammten Damenschneiderei. Man beachte genau unsere Firma und Hausnummer 1. Die Direktion.

Echt Stonsdorfer Likör
 à Liter 1,20, 5 Liter 5,50, 10 Liter 10,—, 50 Liter 47,50, 100 Liter 90,—, 440M
Eugen Neumann & Co.
 6a Belle-Allianceplatz 6a. 81 Neue Friedrichstr. 81. 8 Oranienstr. 3.

Wegen gänzlicher Aufgabe
 der
Kleiderstoffe, Leinen- u. Baumwollwaaren, Blousen, Jupons, Schürzen etc.
 und Umgestaltung des Geschäfts in ein Specialgeschäft für
Teppiche, Tischdecken, Gardinen, Möbelstoffe

Ausverkauf
 des gesammten Waarenlagers zu bedeutend herabgesetzten festen Preisen.
Weberei A. Löwenthal,
 C., Breitestr. 20.
 546M

Uhren und Goldwaaren
 Dranienstraße 65, 1 Tr., in der Mitte zwischen Moritzplatz und Kommandantenstraße.
Georg Wagner, Uhrmacher.

Silberne Cylinder-Memontoir mit Goldrand, 6 Steine, von 12 Mark an.
 Ruffin goldene Trauringe, 1 Duf. 10,50 M., 1 1/2 Duf. 15,50 M., 2 Duf. 21 M.
 5056L.*
Reparaturen an Uhren und Goldwaaren
 werden sofort, gut und sehr billig ausgeführt.

Vollständiger Ausverkauf!
 Leipzigerstr. 91, 1 Treppe, nur bis 15. Dezember. Jaquets reich garnirt 7,00 M., Jaquets in großartigster Ausführung 12,50 Mark. Seidenplüsch-Jaquets bisher 60,00 Mark, jetzt 28,00 Mark. lange Winterpaletots sonst 30,00 M., jetzt 10,00 M., Capes in herrlicher Ausführung früher 80,00 M. jetzt 12,50 M. Winterrobes mit Pelz und Federbesatz sonst 25,00 M., jetzt 7,00 M., Hunderte Strassen- und Abendränder in allen Farben bisheriger Preis 80 M., jetzt 20-36 M., 200 Regenmäntel 4,50 nur Leipzigerstr. 91, 1 Treppe. 50903*

Als anerkannt reelle und that-sächlich billigste Einkaufsquelle des Süd-Ostens für
Gold-, Silber-, Alfenidewaaren (Eig. Fabr.) goldene u. silberne Uhren empfiehlt sich
H. Gottschalk,
 Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Str. 37
 Muschel-Kleiderspind sofort spottbillig
 Tischlerei Oranienstr. 153, III. 151b

Jede Uhr unter Garantie kostet bei mir zu repariren (außer Bruch) **1,50 Mk.**
 Kleine Reparaturen entsprechend billiger.
Uhren, Gold- u. Silberwaaren
C. Wunsch, Haungr. 38, in d. Oranienplatz

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L.
 am hiesigen Plage wie bekannt **größte Auswahl!**
 Garantie für sicheren Brand. Streng reelle Bedienung, billige Preise! Sämtliche im Handel befindl. Roh-tabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Reell! Pelzwaaren Billig!
 Einzel-Verkauf zu 51452*
 Engros-Preisen
 direkt in der Fabrik von
Goebel & Reinecke,
 Stallschreiber-Str. 50/51, 1 Treppe, Ecke Alexandrinen-Str. 50.
 Bestellungen und Reparaturen billig.

Arbeitsmarkt.
 Tüchtige Belegerinnen und Bergolderinnen finden bei hohem Verdienst dauernde Beschäftigung. 1836 Köpnickstr. 109a.

Marmorbrecher 1936
 sind. Lohnende u. dauernde Beschäftigung
 Lindenstr. 69, Quergebäude 1 Tr.

Verfälscher verl. Müddendorferstr. 9.

1000 fache Erleichterung!
1000 fache Anerkennungen!
Sämtliche Haus- und Küchengeräthe
 werden schnell und leicht peinlichst sauber durch Anwendung **Schener-Seife** von
„Katze im Kessel“ entfernt
Koff und Flecken aus allen Gegenständen.
 Pro Stück, ca. 180 Gr., 15 Pfg., erhältlich in allen
 Drogen-, Colonialw. u. Seifengeschäften
 Alleinige Fabrikanten
Lubszynski & Co., Berlin C. 51209*

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
 Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen größtes Lager Berlins, Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark gab ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

Gewerkschafts-Bewegung und Sozialdemokratie.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Genosse August Bebel in Nr. 262 des „Vorwärts“ einen Artikel, durch welchen derselbe bedauerlicher Weise die Meinung bekräftigt, welche bezüglich der Stellungnahme Bebel's zur Gewerkschafts-Bewegung bei einem nicht geringen Theil der Parteigenossen schon seit längerer Zeit vorhanden ist. Die wiederholten Versicherungen Bebel's in der Einleitung seines Artikels, er sei kein Gegner der Gewerkschaften, auch nicht nur ein halber Freund derselben — stehen in direktem Gegensatz zu seinen späteren Ausführungen, durch welche er der Gewerkschafts-Bewegung für die Gefährdung der Dinge in Deutschland aber auch jede Bedeutung abspricht. Wer die Anschauungen Bebel's theilt, der kann nicht mit Uebergang für die Förderung der Gewerkschafts-Bewegung wirken — denn — „nur was wir selber glauben, glaubt man uns.“

Was um alles in der Welt können dann die Gewerkschaften in Deutschland den Arbeitern nützen, wenn diese selbst organisationsunfähig, und die von ihnen eventuell gebildeten von vornherein schon den Todeskeim in sich tragenden Organisationen doch bald der Uebermacht des Kapitals weichen müssen? Weshalb denn noch diese unnütze gewerkschaftliche Vereinstätigkeit, wenn durch politische Thätigkeit das Alles so leicht zu erreichen ist, was den Arbeitern durch den wirtschaftlichen Kampf zu erringen für alle Zeiten versagt sein soll? Wenn das richtig ist, was Genosse Bebel als unumwunden in seinem Artikel hinstellt, dann wäre es ja geradezu ein Verbrechen an der Arbeiterfrage, nun noch länger gewerkschaftlich organisieren zu wollen. Genosse Bebel stellt in Frage, ob die Fortsetzung der Erörterungen über die Gewerkschaftsbewegung derselben besonders förderlich sein wird. Und er hat Recht mit dieser Frage, denn in einer Agitationschrift für die Gewerkschaftsbewegung sind seine Ausführungen nicht zu verwenden, ebensowenig wie jemand mit solchen Ansichten den Arbeitern im wirtschaftlichen Kampfe jemals ein Führer sein kann. Wer von vornherein diesen Kampf für aussichtslos hält, der kann die geschlossenen Reihen der Kämpfenden nur wankend machen — zum Sieg gehört auch der Glaube an den Sieg — und diesen ist der Genosse Bebel ja eifrig bestrebt, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern zu nehmen.

Die deutschen Arbeiter werden nun — trotz Bebel — weiter organisieren — weiter kämpfen — manchmal unterliegen, aber ebenso häufig siegen — und gerade so wie die englischen Arbeiter im Kampf den Kampf lernen; die pessimistischen Anschauungen Bebel's können wohl Einzelne in ihrem Wirken beeinflussen — auf die Massen bleiben dieselben absolut wirkungslos — diese werden immer, ihrem natürlichen Instinkt folgend, als wirksames Mittel gegen den auf ihnen lastenden Druck zur Arbeitseinstellung greifen, je planmäßiger dieses aber geschieht, desto häufiger werden Erfolge zu verzeichnen sein und deshalb muß organisiert werden.

Aus ökonomischen Ursachen können sich weite Schichten der deutschen Arbeiter der Organisation nicht anschließen — behauptet Bebel — ich bestreite, daß das in dem Maße der Fall ist, wie er annimmt — aber selbst angenommen dem sei so — so wird doch der Ansehls aller derer, die dazu in der Lage sind, und der durch die Organisation bewirkte Erfolg, auch denen zu gute kommen, die bislang zu arm waren, sich an der Bewegung beteiligen zu können und sie dadurch in die Möglichkeit versehen, sich ebenfalls anzuschließen.

Alle in Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter können sich den Gewerkschaften nicht anschließen — behauptet Genosse Bebel. Warum? weil in Deutschland die Gewerkschaften infolge ihrer Schwäche keinen Einfluß auf den Staat haben. Der Staat wird den jeweiligen Machtverhältnissen gerade so Rechnung tragen, wie jeder kapitalistische Privatunternehmer und auch bei Festsetzung der Löhne für seine Arbeiter die von den organisierten Arbeitern in der Branche erkämpften Löhne zur Richtschnur nehmen müssen. Wie fruchtbar wäre also die Perspektive, welche Genosse Bebel der ungeheuren Zahl der in staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter stellt, wenn nun auch ihre bei Privatunternehmern beschäftigten Kollegen muthlos die Organisation fallen ließen.

Bebel sagt: Gewerkschaftsvorstände sind im Saargebiet u. a. möglich und giebt dadurch den Bergarbeitern indirekt den Rath, sich willenslos dem Druck der Kapitalisten zu unterwerfen. Glaubte Bebel etwa, daß in anderen Ländern die Kapitalisten so humane Menschenfreunde sind und die Organisationen der Arbeiter begünstigt haben, anstatt sie zu unterdrücken und daß diese nur deshalb so stark und mächtig wurden?

Das Kapital hat noch niemals ein Herz bewiesen und ist immer nur der zwingenden Nothwendigkeit gewichen — wenn der Druck des Staates oder der Privatunternehmer in Deutschland ein so mächtiger ist, daß sich die davon betroffenen Arbeiter öffentlich an keiner Organisation beteiligen können, so bleibt ihnen nur das eine Mittel, was in anderen Ländern die Arbeiter unter gleichen Verhältnissen auch angewandt haben und noch anwenden, nämlich — daß sie sich heimlich organisieren. Meint Bebel etwa, die deutschen Arbeiter hätten nicht das Zeug dazu? Doch meiner Meinung handelt es sich nur darum — die Organisation, so weit wie dieselbe öffentlich möglich ist, zu stärken und zu kräftigen — der nicht öffentliche Beitritt der noch Uebrigen wird dann un schwer zu bewerkstelligen sein.

„Aus tausend und einem Grunde kann“ — nach Bebel — „Deutschland eine Gewerkschaftsorganisation, wie sie die englischen Arbeiter besitzen, nie ma als bekommen. Würde Bebel uns von diesen vielen Gründen nur wenige genannt haben, so könnten wir dieselben auf ihre Stichhaltigkeit prüfen. Bebel bezweifelt, daß die deutschen Bergarbeiter die gleiche Organisationsfähigkeit wie ihre englischen Kollegen besitzen. — Die Gründe blieben er uns auch hier schuldig. Für ihn ist das eine offenkundige Thatsache, aber die er kein Wort zu verkettern braucht.

Eine offenkundige Thatsache ist für mich — soweit die ökonomische Entwicklung der beiden Länder in Frage kommt — nur, daß Deutschland gegenüber England um gut ein Menschenalter zurück ist, und daß demzufolge auch die wirtschaftliche Bewegung der Arbeiter in Deutschland heute nicht so weit entwickelt sein kann, wie in England. Aus den Ausführungen Bebel's tritt wieder einmal der Gedanke von einer baldigen Verwirklichung unserer Ziele speziell in Deutschland hervor — auf mich haben die Prophezeiungen Bebel's nun noch niemals überzeugend gewirkt.

„Das Wirken einer größeren Arbeiterzahl zur selben Zeit in demselben Räume, zur Produktion derselben Waarensorte, unter dem Kommando desselben Kapitalisten, bildet“ — nach Marx — „historisch und begrifflich den Ausgangspunkt der kapitalistischen Produktion.“

Von diesem Ausgangspunkt sind wir in Deutschland denn doch noch ziemlich entfernt angefaßt der großen Ausdehnung, welche in Deutschland noch die Kleinindustrie und die kapitalistische

Privatwirtschaft hat. Alle unsere Maßregeln werden mein Urtheil nicht erschüttern; der alle Kräfte lähmende Militarismus wird in Deutschland und zwar bald zusammenbrechen — aber damit noch nicht das kapitalistische System. Und weil dies meine feste Uebergzeugung ist, deshalb hat für mich der wirtschaftliche Kampf auch eine weit größere Bedeutung, als für Bebel — ich halte denselben für nothwendig — nicht nur weil derselbe den Arbeitern aufgewunden wird — sondern auch grundsätzlich, um die kapitalistische Entwicklung zu beschleunigen. Niederlagen der Arbeiter irritiren mich nicht — sie wirken immerhin noch, wie Albert Lange sagt, wie der Sturm auf eine Festung, der doch schließlich auch die Widerstandskraft der Belagerten schwächt.

Auch die Erringung politischen Einflusses ist für mich eng mit der Arbeiterorganisation verknüpft. Man wird doch wohl nicht befreiten wollen, daß — trotzdem die englischen Arbeiter keine selbstständige politische Partei bilden, ihr Einfluß auf die Gesetzgebung ein weit größerer ist, als wie wir denselben in Deutschland trotz unserer starken politischen Partei besitzen. Unsere ganze Sozialreform, deren Werth Bebel plötzlich so hoch anschlägt, daß er glaubt, die Wirksamkeit derselben könne den Gewerkschaften den Wind aus den Segeln nehmen, ist denn doch bis jetzt noch traurigste Stümperei — für ein einziges freibeitliches Vereinsgesetz, durch welches den Arbeiterorganisationen das Recht der unumschränkten Zentralisation in ganz Deutschland eingeräumt würde, würde ich leichtem Herzens den ganzen Kummel von sogenannten Arbeiterschutzesetzen eintauschen. Wir haben in unserer Presse, in unseren Versammlungen diese gepriesene Sozialreform so oft auf ihren wahren Werth zurückgeführt, daß es auf mich nun geradezu lörrlich wirkt, wenn man plötzlich entdedt hat, dadurch könnten eventuell Aufgaben der Gewerkschaften erfüllt scheinen. Den veränderten Verhältnissen müssen sich die Gewerkschaften anpassen und sie können auch auf dem Gebiete des Unterstufungswesens heute noch Bedeutendes leisten. Das ist nebenbei bemerkt ein Kapitel, welches verdient, in den Gewerkschaften einmal eingehend erörtert zu werden, gerade weil die Gewährung einer Unterstufung in bestimmten Nothfällen wesentlich zur Heranziehung und Erhaltung von Mitgliedern beiträgt; die Hauptaufgabe der Gewerkschaften liegt aber doch auf einem anderen Gebiet. Sie sollen Kampfes-Organisationen sein zur Erringung höherer Löhne, verkürzter Arbeitszeit u. s. w., kurz zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter.

Ohne starke wirtschaftliche Organisationen und damit verbundener wirtschaftlicher Macht wird die Arbeiterklasse auch politisch ohne nachhaltigen Einfluß sein. Papiere Gesetze, sind noch lange keine wirklichen Gesetze. Mögen die Gesetzgeber beim Erlass der Gesetze selbst das größte Wohlwollen für die Arbeiter empfinden haben, in der Wirklichkeit gestalten sich die Dinge ganz anders; will man dafür einen kleinen Beweis, so braucht man nur die rigorosen Bestimmungen der von den Kapitalisten den Arbeitern aufgewungenen Arbeitsordnungen einmal zu studiren. Unsere ganze politische Thätigkeit für die Arbeiter ist pro nihilo, wenn wir dieselben nicht gleichzeitig wirtschaftlich organisieren. Nicht vor einer Ueberschätzung der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland ist zu warnen, wohl aber vor einer Unterschätzung derselben, da durch diese in hohem Maße die Möglichkeit einer Ergriffenverbesserung für viele Tausende gefährdet erscheint.

Den Hungernden Brot in den Säkrant zu schaffen, hilft uns keine politische Glorie, deren sonst auch jeder überzeugte Gewerkschaftler aus begeisterten Herzen sich freut.

Hamburg, den 9. November 1893.

A. von Elm.

Zur Gewerkschafts-Diskussion.

Ein in der letzten Ausgabe des Korrespondenzblattes der Generalcommission der Gewerkschaften Deutschlands veröffentlichter Artikel: Die Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitag veranlaßt mich zu einer kurzen Darlegung. Das Korrespondenzblatt wendet sich auch gegen einige von mir zuerst in der Debatte hervorgehobene Gesichtspunkte und sagt unter anderem:

„Gegen diese Resolution (Resolution Kron's) wurden eine Reihe Einwendungen erhoben. Besonders wurde darauf hingewiesen, daß viele Parteigenossen wegen ihrer erbärmlichen wirtschaftlichen Lage nicht im stande wären, den Verpflichtungen, die die Gewerkschaft ihren Mitgliedern auferlegt, nachkommen zu können. Andererseits könnten die Landarbeiter in Preußen, soweit sie Parteigenossen sind, nicht in die Gewerkschaften eintreten, oder solche bilden, weil ihnen das Koalitionsrecht fehlt. . . . Diese Einwendungen wurden genügend zurückgewiesen und dargethan, daß solche Beschränkungen keineswegs Platz zu greifen brauchen. Die Landarbeiter, soweit sie Parteigenossen sind, werden durch die Verpflichtung, sich auch gewerkschaftlich zu organisieren, nur angeporrt werden, energisch gegen die Beschränkung ihrer Koalitionsfreiheit Front zu machen. . . . Wo aber die Lage der Arbeiter eine so traurige ist, daß die geringen Beiträge für die Gewerkschaften kaum aufgebracht werden können, wäre es doppelt nothwendig, den Gemeinnutz durch Hinzuziehung dieser Kreise zur Organisation zu weden.“

Um einer falschen Deutung meiner Darlegungen vorzubeugen, sei folgendes bemerkt. In meiner Rede hatte ich mit aller Entschiedenheit die Nothwendigkeit der wirtschaftlichen Organisation hervorgehoben, zugleich aber in einer Kritik des Kron'schen Vorschlages die thatsächlichen Hindernisse dargelegt, die bestimmte große, nach Millionen zählende Arbeitergruppen verhindern, sich zu Gewerkschaften zusammenzuschließen. Die Hausindustriellen in einer Reihe von Gewerben und Bezirken, die Landarbeiter, die im Dienste von Staat und Reich beschäftigten Arbeiter kennzeichnete ich als solche Gewerkschaften, für die eine Pflicht zum Anschlusse an eine Organisation kraft der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, worunter sie ständen, nicht ausgesprochen werden könnte.

Die Hausindustriellen seien dank der dezentralisirenden, sie vereinzelnden und zersplitternden Betriebsform und dank ihrem unglücklich schlechten, sich stets an der Hungergrenze bewegenden Lebensmaßstabe zu Hunderttausenden nicht organisationsfähig. Bezirkt über weite Gebiete, gedrückt durch die furchtbare Noth seien sie von Haus aus nicht im stande, eine leistungsfähige Vereinigung zu schaffen. Die Weber im Culmgebirge, die Spielwarenhersteller im Meininger Oberland u. a. m. hätten als einzige Waffe die politische Bewegung, und die Erfahrung bei den Wahlen habe gelehrt, daß die Heimarbeit-Bezirke ihre wirtschaftspolitische Einflüsse glänzend zu bekunden wählten.

Die Landarbeiterschaft, die der Zahl nach bedeutendste Schicht — habe doch die Durchschnittszahl der in den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften Versicherten für das Jahr 1891 12 289 415 Personen betragen — scheide schon deshalb aus, weil für sie in ganz Deutschland, nicht, wie das Korrespondenzblatt schreibt, in Preußen, das gesetzlich festgelegte Koalitionsverbot bestehe. So lange nicht die feudale Einrichtung der Gutsbesitzer-Ordnungen und das Koalitionsverbot beseitigt wären, sei die Förderung des Anschlusses der Landarbeiter an die

Gewerkschaftsbewegung eine Utopie. Sache der politischen Partei sei es, die gesetzlichen Hemmnisse zu entfernen, auf politischem Gebiete müsse der Kampf für das Koalitionsrecht geführt werden, ehe die Frage der Berufsvereine für die Landarbeiter praktisch werde. Ähnliche Erwägungen gälten für die im Staats- und Reichsdienst beschäftigten Arbeiter und Unterbeamten, z. B. für die deutschen Eisenbahnarbeiter, deren Durchschnittszahl sich 1891/92 insgesammt auf 265 651 belaufen habe, für die Postunterbeamten u. s. w.

Auch auf den Einfluß der wirtschaftspolitischen Gesetzgebung machte ich aufmerksam. Gelingen es, eine Organisation des Handwerks nach dem Rezept des Herrn v. Berlepsch oder nach einem ähnlichen Muster durchzuführen, so ergebe sich für eine große Zahl der ausgeklärten deutschen Arbeiter die Zwangslage einer Zwangsorganisation. Es werfe sich dann die Frage auf, ob nicht die Arbeiter so gut wie die österreichischen Genossen sich derartiger Verbände bedienen müßten, um für ihre Interessen zu wirken. In Oesterreich habe diese Organisation unter dem Ausnahmegeetze das Rückgrat der Bewegung gebildet. Daß in Deutschland die Arbeiterschaft in den Ortsvereinen keinen Einfluß zu gewinnen veruche, sei ein beachtenswerthes Analogon.

So nothwendig die Theilnahme an den Gewerkschaften für die organisationsfähigen Arbeiter ist, und ich habe stets für die Förderung der wirtschaftlichen Kampfverbände auf das entschiedenste gewirkt, so muß man denn doch immer wieder auf die harnackigen Dinger von Thatsachen hinweisen und nicht über einer vorgefaßten Ansicht die rauhe Wirklichkeit, die niemals mit sich spaßen läßt, vergessen.

Die Arbeitergruppen, die sich in wirkungslosen Verbänden großen Stills zusammenschließen lassen, werden immer nur einen gewissen, hoffentlich stetig wachsenden Bruchtheil der Arbeiterschaft in sich schließen, sie werden die Eitertropfen der Arbeiterklasse bilden. Je tiefer unsere Wirtschaftsweise durch die Kartellierung der Großgewerbe umgewälzt wird, um so nöthiger und ebensfähiger werden als Gegenpol der Unternehmerverbände die Arbeiterverbände auf hoher Stufenleiter.

Aber es wäre schlimm, wollte man vergessen, daß die Sozialdemokratie das gesammte klassenbewußte Proletariat der Handarbeit und der Kopfarbeit vertritt, nicht aber ausschließlich die Partei ist der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

Bruno Schoenlant.

Berlin, den 14. November 1893.

Soziale Uebersicht.

Fiskalen-Auflösung des Metallarbeiter-Verbandes. Nachdem die Polizei die Fiskale Wendung des deutschen Metallarbeiter-Verbandes aufgelöst hatte, zog es die Fiskale Dessau vor, der Polizei zuvor zu kommen und sich anzufügen. Man wählte in einer öffentlichen Versammlung einen Vertrauensmann, der nun die Geschäfte des Verbandes für Dessau leiten wird.

Kommunaler Arbeitsnachweis. Mit der Einführung eines städtischen Arbeitsnachweises hat sich nun auch die Stadtverordneten-Versammlung in Posen befaßt.

Moderne Kultur. Dienstag Mittag wurde in Hannover die Wäscherin Wittwe R. von einem Schuhmann von der Wäsche weg verhaftet — weil sie zu 11 Mark Strafe für Schulverschulden eines ihrer sechs Kinder nicht bezahlte hatte. Zwölf Mark Strafe oder sechs Tage Haft hatte das Erkenntniß gelauret! Die arme Wäscherin, die froh ist, wenn sie in einer Woche zwölf Mark sich mühselig erarbeitet, und die sechs Kinder besitzt, von denen sie fünf im Alter von 7—14 Jahren ernähren muß, hat schließlich, sie doch nicht zu verhaften, ihre Kinder seien ja sonst ohne jede Pflege! Der Polizeibeamte sahnte zwar Mitleid mit der armen Frau, mußte sie aber, dem erhaltenen Befehl entsprechend, nach dem Gefängniß abführen. Dann aber ging er zum Armenvorsteher des Bezirkes und theilte ihm mit, daß die Kinder der verhafteten Frau für die Nacht unversorgt wären. Der Armenvorsteher erklärte jedoch, daß heute nichts mehr zu machen wäre, da jetzt — es war 3 Uhr Nachmittags — das Armenbureau bereits geschlossen sei. Nachbarn der Frau R. erfuhren das Unglückliche; sie eilten nach der Polizeidirektion, um dort die 12 Mark Strafe für Frau R. zu zahlen. Aber der Rentant war nicht mehr anwesend; es hieß, er käme Abends noch einmal wieder. Die Nachbarn schickten auch Abends wieder dorthin — aber der Rentant war nicht gekommen. Sie schickten nun in dessen Wohnung, aber ohne Erfolg. — So blieb die Frau R. über Nacht im Gefängniß und ihre fünf Kinder hatten keinen Schutz. Inzwischen hatte sich auch die Familie, bei der die Wittwe R. gewaschen hatte, erboten, die 12 Mark Strafe für Frau R. zu erlegen und am Mittwoch Morgen konnten sie eingezahlt werden. Nun endlich kam die Frau aus dem Gefängniß und die Kinder hatten ihre Mutter wieder! — Wahlich, unsere herrliche Kultur kann nicht schöner gekennzeichnet werden als durch diesen Vorgang!

Die Protestbewegung gegen die Tabakfabriksteuer. Man schreibt der Berliner „Volks-Zeitung“ aus Bremen: Der gesammten hiesigen Geschäftswelt brennt die Tabaksteuerfrage auf den Nägeln, und sie protestirt in energischer Weise gegen die Einführung der Tabakfabriksteuer. In der vorigen Woche hat eine gemeinsame Versammlung der Wahlvereine stattgefunden, am Sonnabend hat der Kaufmanns-Konvent gelagt, und in beiden Versammlungen ist nach sehr ausführlichen Reden von Fachmännern, in denen die Nachtheile der neuen Steuer im allgemeinen und speziell für Bremen nachgewiesen worden sind, eine Resolution beschlossen worden, durch welche man die drohende Gefahr abzuwenden hofft. Leider hat aber in beiden Versammlungen ein Redner gefehlt, welcher den Tausenden, die versammelt waren, ins Gedächtniß zurückgerufen hätte, daß man ihnen alles, was jetzt geschieht, vor sechs Monaten, als es sich um die Wahl eines Reichstags-Abgeordneten handelte, vorausgesagt hat, und daß sie selbst, indem sie einen Abgeordneten gewählt haben, der freudigen Herzens der Ministerialvorlage zugestimmt hat, ihren Theil der Schuld an dem tragen, was jetzt geschieht. Dabei sind die Herren nicht einmal von ihrem politischen Unverstand kurirt; wenn heute eine Neuwahl stattfände, würde der größte Theil derjenigen, die so laut gegen eine Steuer protestiren, welche Bremen ruinirt, wieder für Herrn Frese stimmen, obwohl bei der neuen Steuer, die der Vertreter Bremens durch sein Votum im Reichstage mitverschuldet hat, der Ruin Bremens als Handelsstadt ersten Ranges gewiß ist.

Weitere Protestversammlungen gegen die Tabakfabriksteuer haben stattgefunden in Oldenburg, dem Wahlkreis des liberalen Abgeordneten Enneccerus. — In Ganaa beschloß sogar der Stadtrath eine eingehend motivirte Petition an den Reichstag abgeben zu lassen. — In Pinaeberg, wo Genosse Wollenbaur, und in Heide (Hollstein), wo Genosse v. Elm gegen die Tabaksteuer gesprochen, wurden ebenfalls Resolutionen gegen dieselbe angenommen.

*) Vorstehende Einwendung und weitere uns vorliegende werden im „Vorwärts“ publizirt unter dem Vorbehalte der Redaktion, daß sie den Einsendern die Verantwortung für ihre Ausführungen überläßt.

Der von und schon mehrfach erwähnte Kongress der Tabakarbeiter Deutschlands, welcher in den hiesigen Kon-
toria-Festhallen in den Tagen vom 19. bis 25. No-
vember stattfinden wird, hat in den beteiligten Arbeiterkreisen
großen Anklang gefunden und eine Beschickung aus allen Ecken
Deutschlands steht in Aussicht. Bis jetzt, heute Mittag, sind
181 Delegierte bei dem Kongress-Bureau angemeldet. Da nun
eine Reihe von Städten und Orten ihre bereits gewählten
Delegierten noch nicht gemeldet und eine andere Zahl von Orten
ihre Delegierten erst im Laufe dieser Woche wählt, so ist mit
Sicherheit anzunehmen, daß die Zahl der Delegierten 200 und mehr
betragen wird, trotz des ungünstigen Umfanges, daß der Kon-
gress in letzter Stunde um 8 Tage vorverlegt werden mußte.

Im Anschluß hieran teilen wir noch die bereits festgesetzte
Tagesordnung des Kongresses mit:

Sonntag Abend 6 Uhr: Vorversammlung, Konstituierung des
Kongresses, Festsetzung der Geschäfts- und der Tagesordnung,
Wahl einer Mandatsprüfungskommission. Montag, 20. No-
vember, und folgende Tage: 1. Die Tabak-Fabrikation resp.
die geplante Mehrbelastung des Tabaks. 2. Der notwendige
Ausbau der Organisation, veranlaßt durch a) die Zucht-
Arbeit, b) die Hausarbeit, c) die Frauen- und Kinderarbeit,
d) die Verlegung der Fabriken nach den flachen Ländern, e) die
Schand- und Schleuder-Wagare. 3. Die bundesrätlichen Be-
stimmungen und das Fabrikationsinspektorat.

Die Zahl der Lehrlinge betrug 6880 oder 29 pCt. aller
Hilfspersonen, die Zahl der Gehilfen betrug 16845. Weibliche
Lehrlinge wurden gezählt 1884 oder 27 pCt. sämtlicher Lehrlinge.
15 pCt. der männlichen und 11,70 pCt. der weiblichen
Lehrlinge zahlten Lehrgeld. Die Lehrzeit für Lehrlinge beträgt
meist über 2 Jahre, in 40 pCt. der besagten Geschäfte sogar über
3 Jahre, für Lehrlinge meist ein Jahr, nur in einem Viertel
der Fälle mehr als 2 Jahre.

Die Kündigungsfristen der meisten Betriebe (63 Prozent)
ist noch eine sechswochenfristige im Sinne des Artikels 61
des Handelsgesetzbuches. Ungleiche Kündigungsfristen für Prin-
zipale und Angestellte bestanden noch in 0,5 pCt. der Betriebe.

Kost und Wohnung zusammen gewähren 61,4 pCt. der Ge-
schäfte ihren Hilfspersonen und zwar an 45,1 pCt. der männ-
lichen, 34,3 pCt. der weiblichen Gehilfen und an 65,6 pCt. der
Lehrlinge und an 26,8 pCt. der Lehrlinge. Nur ein geringer
Teil der Betriebe gewährt ausschließlich Kost (3,9 pCt.) oder
lediglich Wohnung (2,2 pCt.). Nachweislich ist eine übermäßig
lange Arbeitszeit bei mangelhafter geordneter Ruhepausen für
Lehrlinge meist bei solchen Geschäftsinhabern anzutreffen, welche
ihre Lehrlinge bei sich in Kost und Wohnung haben.

Neunständige Arbeitszeit. Die Leipziger Steinscher
beschlossen in einer Versammlung, im nächsten Frühjahr in eine
Bewegung zur Erringung der neunständigen Arbeitszeit ein-
zutreten.

Dem Herrn Richter im Stammbuch empfehlen wir
folgende Notiz: In Zwangsverziehung wurden nach amtlicher
Nachweisung im Etatsjahre 1891/92 in Preußen 1600 ver-
wahloste Kinder gebracht. Seit dem Inkrafttreten des Gesetzes
vom 19. März 1878 sind 20 080 verwahrloste Kinder der Zwangs-
erziehung übergeben worden. Wird denn für diese „Ver-
wahlosten“ auch eine Wärterin bereit sein, sie nöthigenfalls,
sobald sie sich „aufgeirampelt“, zu bedecken?

Der Gerberstreik in Wien ist nach Angabe der „Säch-
s. Arbeiter-Zeitung“ beendet. Die Arbeitszeit ist auf 10 Stunden
festgesetzt, die Sonntagsruhe ist gänzlich aufgehoben. Am Frei-
tagen wird, wenn bis Mittags gearbeitet wird, der volle Tages-
lohn bezahlt. Noch eine Werkstätte in Algersdorf verharret
im Streik. — Bewahrheitet sich diese Nachricht, was wir hoffen,
so haben die Wiener Gerber einen nicht unbedeutenden Sieg
davongetragen.

Die Untersuchung der Verhältnisse im Handeltsgewerbe
seitens der Reichskommission ist beendet und es werden jetzt
Zahlen bekannt, welche die Kommission aus dem gesammelten
Material gewonnen. Die Erhebungen erstreckten sich auf 374
Ortschaften; 8295 Fragebogen hatte die Kommission zur Ver-
arbeitung. Ueber 4 Punkte hat die Untersuchung hauptsächlich
Ausschlüsse gebracht, nämlich über die Dauer der Arbeitszeit,
das Lehrlingswesen, die Kündigungsverhältnisse, Kost und
Wohnung der Arbeitnehmer bei den Prinzipalen. Dieses Er-
gebnis stammte von Erhebungen über mindestens 10 pCt. der
einer Befriedigung der täglichen Bedürfnisse dienenden Laden-
geschäfte (mit Ausnahme der Bäckereien und Konditoreien, die
bekanntlich einer besonderen Enquete unterworfen sind).

Ueber die Arbeitszeit hat die Enquete folgendes ergeben:
In nahezu der Hälfte der Geschäfte (45,5 pCt.) ist eine mehr
als 14stündige Arbeitszeit als die Regel angegeben; 540 Ge-
schäfte seien über 16 Stunden geöffnet. Der Schluss
des Ladens fällt bei 38,8 pCt. auf Abends nach 9 Uhr,
bei 3,9 pCt. auf Nachts zwischen 10—11 Uhr, bei 0,2 pCt.
sogar nach 11 Uhr. Nur von äußerst wenigen Geschäften
wurden Pausen während der Arbeit als bestehend an-
gegeben. In bezug auf die Länge der Arbeitszeit befanden
sich im ungünstigsten Verhältnisse die männlichen Lehrlinge
(in 33,9 pCt. der besagten Geschäfte mit
über 15 Stunden, in 8 pCt. der Geschäfte mit über 16 Stunden
Arbeitszeit; ihnen folgten die männlichen Gehilfen mit über
15stündiger Arbeitszeit unter Abrechnung der Pausen in 25,8 pCt.
der Geschäfte und über 15stündiger Arbeitszeit unter Einrechnung
der Pausen in 28,9 pCt. der Geschäfte. In besserer Lage
befanden sich die weiblichen Gehilfen, welche nur in 12,4 pCt.
der Betriebe eine Arbeitszeit von mehr als 15 Stunden und in
1,5 pCt. der Betriebe eine Arbeitszeit von mehr als 16 Stunden
haben. Die kürzeste Arbeitszeit bestimme für Lehrlinge, die nur
in 7 pCt. der Betriebe mehr als 15 Stunden und gar nur in
0,4 pCt. der Betriebe mehr als 16 Stunden betrage.

**Die billige Arbeitskraft, noch billiger als Frauen-
und Kinderarbeit,** ist die der Gefangenen
Korrekthausarbeiter. Das geht wiederum aus
folgendem Beispiele hervor, welches wir dem „Pro-
letariat“ entnehmen. Diesem Blatte theilt ein Schmied mit,
daß er während 18 Monaten, die er im Korrekthaus auf
Schweidnitz verbrachte, für eine dortige Fabrik Tag
für Tag zu arbeiten hatte für den geringen Betrag von 6 Pf.
pro Stunde, außerdem gab der Fabrikant nur noch 50 Pf. pro
Woche, wofür dem Arbeiter kleinerer Bedarfsartikel gekauft wurden.
Für ein Trinkgeld von 6 Pf. pro Stunde kann freilich ein freier
Arbeiter nicht arbeiten. Kein Wunder, daß ein freier Arbeiter
keine Beschäftigung mehr findet, kein Wunder auch, daß „Land-
streicherer und Bagabondage“ mehr und mehr überhand nehmen.
Der Arbeitslohn muß betteln oder gar sterben; kommt er dann
ins Gefängnis oder Korrekthaus, erst dann findet er Arbeit,
die er freilich für ein Trinkgeld hinpflanzen muß. So jählet die
bürgerliche Gesellschaft in ihrer Kurzsichtigkeit systematisch die
Uebel selbst, die sie auf der andern Seite bekämpft.

Wohnungsinspektion in Bessen. In einer Anweisung,
welche die „Abtheilung für öffentliche Gesundheitspflege“ an die
Kreis-Gesundheitsämter ergehen läßt, wird die schärfere Ueber-
wachung der Miethwohnungen, namentlich der den Arbeitern
von seiten der Arbeitgeber angewiesenen Schlafräume empfohlen.
Die obere Medizinalbehörde empfiehlt hierbei den Gesundheits-
beamten die Lehren einer rationalen Wohnungshygiene zu Rathe
zu ziehen. Neben den anderweitiger technischer Begutachtung
unterliegenden Untersuchungen über den tubicösen Inhalt der
Räume, über das Verhältnis zwischen Länge, Breite und Höhe
der Gasse, über ihre Verbindung mit benachbarten Räumen,
über die Beschaffenheit der Baumaterialien und der Wände, des
Fußbodens und der Decke, soll sich die Untersuchung im wesent-

lichen auf die Möglichkeit einer ausgiebigen Lüftung und ange-
messenen Beheizung, sowie auf die „Beleuchtung“ richten. Im
weiteren aber kommen von sanitären Gesichtspunkten aber auch
die sonstigen zur Wohnung gehörigen Hausräume und Einrich-
tungen in Betracht, von denen insbesondere die Wasserversorgung
und Hausentwässerung, die Lage und Beschaffenheit der Aborte
und die Beseitigung der Abfall- und Fäkalstoffe der Beachtung
empfohlen werden.

**Die Feiseur- und Verrückenmacher-Zunftung des Kreises
Sachsen** hat den Beschluß gefaßt, ihre Geschäfte des
Sonntags um 4 Uhr zu schließen. Ist dies auch nicht viel, so
ist es doch ein kleiner Fortschritt.

Arbeiterentlassungen. Wie der „Norddeutschen Volks-
stimme“ mitgeteilt wird, sind am Sonnabend auf dem Nord-
deutschen Lloyd ca. 25 Mann aus verschiedenen Branchen wegen
Mangel an Arbeit entlassen worden. Schöne Aussichten für den
Winter.

Unfallrenten sind nach den neuesten Refusentscheidungen
des Reichs-Verwaltungsamtes unter anderem zugebilligt einem
Chaussee-Arbeiter, der auf dem Wege zu seiner auf einer
Chaussee-Neubau-Strasse gelegenen Arbeitsstelle durch Aus-
gleiten bei Glätte auf der Chaussee, an welche die
neue Chaussee seitlich sich anschließen sollte, einen Arm-
bruch erlitten hatte, und zwar aus dem Grunde, weil er
bereits in den örtlichen Bereich des Betriebes eingetreten
war. Ebenso einem Mühlknecht, welcher beim Verlassen der
mit der Mühle verbundenen und von einer Transmission der-
selben durchzogenen Bohntube seines Dienstherrn, in welcher er
geespert hatte, behufs Rückkehr zur Arbeit verunglückte, aus
dem Grunde, weil die Arbeiter, sofern sie innerhalb des Gefahren-
bereiches des Betriebes sich bewegen, regelmäßig auch während
der Arbeitspausen gegen die aus dem Betriebe entstehenden Un-
fälle versichert sind; ferner einem Viehwärter, der in der Haus-
tür des landwirtschaftlichen Hauptgebäudes einen Unfall erlitt,
als er Morgens zum Füttern des Viehes in den Stall sich begeben
wollte, da er sich dabei bereits innerhalb des örtlichen Bereiches
des Betriebes befand, und der Gang, bei welchem er verun-
glückte, unmittelbar den Zwecken des Betriebes diene, —
endlich den Hinterbliebenen eines landwirtschaftlichen Arbeiters,
welcher durch einen Sturz beim Hinaufsteigen zu dem als Schlaf-
stelle ihm angewiesenen Heuboden getödtet wurde, da es offenbar
im Interesse des landwirtschaftlichen Betriebes lag, wenn die
Arbeiter auf dem Gehöfte selbst übernachteten, um die Arbeit
möglichst früh beginnen und möglichst lange fortsetzen zu können.

Dividenden. Die Brauereigesellschaft Sinner in Karlsruhe
hat im abgelaufenen Geschäftsjahre einen Reingewinn von
552 090,66 M. erzielt. Davon erhalten die Aktionäre 300 000 M.
als 10proz. Dividende, für Tantiemen und Honorare werden
90 331 M. „vertheilt“. — Und trotzdem ist die Sozialdemokratie
zu bekämpfen wegen der von ihr geplanten Theilerei. — Die
Ludwigsburger Aktienbrauerei vertheilt wie im Vorjahre eine
Dividende von 8 1/2 pCt. = 50 M. pro Aktie.

Mac Kinley-Bill. Dieses Gesetz, welches von den nord-
amerikanischen Schulbüchern dem Volke als die Rettung
Amerikas angepriesen wurde, beginnt, wie jedes Gesetz,
welches zum „Schutz der nationalen Arbeit“ gemacht, seine ver-
heerende Wirkung auch fühlbar zu machen für die amerikanischen
Arbeiter selbst. Aus Meerane (Sachsen) wird hierzu ge-
schrieben:

Die sächsischen Weber, die sich nach Einführung der Mac
Kinley-Bill nach Nordamerika locken ließen, sind in schlimmer
Lage. Einer schreibt: „Am 5. August haben alle Fabriken der
New-England-Staaten, mit Ausnahme einiger, die nur weißes
Zeug verfertigen, zugemacht. Bedenke, die Fabriken, wo ich
arbeitete, beschäftigten an 2600 Arbeiter. Eine andere Fabrik
hat 10 000 Stühle, und 5000 Arbeiter kamen außer Beschäftigung.
In mehreren Städten im Staate Massachusetts ist es derselbe
Fall. Kurz bis zum 26. August standen 40 000 Stühle und
3 500 000 Spindeln nur in den New-England-Staaten allein.
Mehrere Fabriken haben zwar wieder angefangen, aber mit einem
Lohnabdruck von 8—15 pCt.“

Amerikanische und deutsche Arbeitslöhne. Einer Notiz,
welche der „Deutsche Müller“ dem amerikanischen „Roller Mill“
entlehnt hat, entnehmen wir, daß ein amerikanischer Konfular der
Bereinigten Staaten für die Mühlenarbeiter in Deutschland
008 M. als Durchschnittslohn ermittelt hat. In den Vereinigten
Staaten dagegen beträgt der Durchschnittslohn der Mühlen-
arbeiter bei 10 stündiger Arbeitszeit jährlich 2400 M. Dabei be-
merkt der Konfularbericht mit Recht, daß die deutschen Mühlen-
arbeiter 3/4 ihres Lohnes für Nahrung ausgeben müssen, während
der amerikanische Müller nur 1/3 seines Lohnes für diesen Zweck ver-
wendet und dabei bedeutend besser lebt als sein deutscher Kollege.
Hofrath Aldermann in Dresden, also gewiß kein Sozialdemokrat,
behauptet, daß ein deutscher Arbeiter unter den heutigen Ver-
hältnissen mindestens 900 Mark jährlich als Existenzminimum
braucht, d. h. um die verbrauchten Arbeitskräfte durch eine ent-
sprechende Nahrung nachdürftig zu ersetzen, um seinen Pflichten
gegen Familie, Staat und Gemeinde einigermaßen nachkommen
zu können, muß der deutsche Arbeiter diese Summe verdienen.
Nun meldet ein amtlicher, ein Konfular-Bericht, daß der Durch-
schnittslohn einer ganzen Arbeiterkategorie Deutschlands mit
zirka 100 000 Angehörigen jährlich nur 608 M. beträgt, also
noch ziemlich 300 M. hinter dem vom Hofrath Alder-
mann als Existenzminimum festgestellten Betrag zurück-
bleibt. Das am Existenzminimum fehlende bedeutet unfähiges
Geld, Noth und Entbehrung in der Kreise der Mühlenarbeiter,
besonders der verheiratheten. Und angesichts der Thatfache, daß
der amerikanische Müller beinahe viermal so viel jährlich ver-
dient als der deutsche bei viel längerer Arbeitszeit, angesichts
der ferneren Thatfache, daß der deutsche Mühlenarbeiterstand
infolge der langen Arbeitszeit und der geringen Löhne immer
mehr degenerirt, langsam verkommt und verhungert, wagt es
fürlich ein Mühlenarbeiter-Verband beim preussischen Minister
des Innern gegen die Einführung der Sonntagsruhe für das
Mühlengewerbe zu petitioniren, weil sonst — der jetzige Lohn
sinken würde!

Versammlungen.

Die Filiale I des Textilarbeiter-Verbandes tagte am
4. d. M. Genosse Adler referirte über das Thema: „Der Zweck
der Gewerkschaftsbewegung.“ Redner entledigte sich seiner Auf-
gabe zur allgemeinen Zufriedenheit der Versammlung. In der
Diskussion sprach Kollege Steinig im Sinne des Referenten.
Die Kassenrechnung vom dritten Quartal weist eine Einnahme
von 973,42 M. und eine Ausgabe von 403,78 M. auf, mithin
einen Bestand von 569,64 M. Die Kollegen Tsch und Rogowit
werden zur Verfertigung einer Kommission gewählt, die die Auf-
gabe hat, die Lohnverhältnisse in der Hausweberei zu unter-
suchen. Dem Kollegen Heyder werden von der Versammlung
25 M. Extra-Unterstützung bewilligt. Sodann beantragt Kollege
Näblich, den französischen Bergarbeitern 20 M. zu überweisen.
Auf Antrag des Kollegen Kirshberg wird diese Summe auf
30 M. erhöht.

**Verband aller in der Metallindustrie beschäftigten
Arbeiter Berlins und Umgegend.** In der ordentlichen
Generalversammlung vom 6. November erstattete der Redant
den vierteljährlichen Kassenbericht. Die Einnahmen betragen

vom 1. Juli bis 30. September inkl. des Bestandes vom vorigen
Quartal 18 051,58 M., die Ausgaben 8396,70 M., so daß ein
Kassenbestand von 4664,88 M. verblieb. Nachdem die Revisoren
berichtet hatten, daß sie Kasse und Bücher in Ordnung befunden
haben, wurde der Redant entlastet.

Ueber die Frequenz des Arbeitsnachweises berichtete Kollege
Behold. Vom 1. April bis 30. September ließen sich insgesamt
1937 Metallarbeiter gegen 2216 im vorausgegangenen Winter-
halbjahr als arbeitslos eintragen und zwar:

	unorganisiert waren
676 Klempner	68 = ca. 10 pCt.
186 Rohrleger	20 = „ 10 „
100 „ -Helfer	28 = „ 28 „
408 Schlosser	67 = „ 16 „
159 Dreher	18 = „ 12 „
54 Mechaniker	16 = „ 32 „
137 Gürtler	25 = „ 19 „
48 Drücker	5 = „ 10 „
49 Former	10 = „ 20 „
40 Schleifer	8 = „ 20 „
85 sonstige Arbeiter	31 = „ 36 „

Verlangt wurden in demselben Zeitraum insgesamt 1202
Personen gegen 894 im vorausgegangenen Winterhalbjahr, was
einer Steigerung von 80 pCt. gleichkommt.

Verlangt wurden im Einzelnen:	Das Ueberangebot betrug zirka:	Gegen im Winter- halbjahr:
519 Klempner	24 pCt.	38 pCt.
111 Rohrleger	40 „	27 „
78 Rohrlegerhelfer	22 „	48 „
178 Schlosser	57 „	82 „
45 Dreher	71 „	81 „
46 Mechaniker	15 „	71 „
59 Gürtler	57 „	51 „
61 Drücker	28 „ minus	46 „
48 Schleifer	20 „	67 „
34 sonstige Arbeiter	60 „	65 „
28 Former	43 „	82 „

Das Angebot der Arbeitskräfte überstieg demnach die Nach-
frage nach denselben um 33 pCt. gegen 60 pCt. im voraus-
gegangenen Winterhalbjahr. Befragt wurden von den eingegangenen
1202 Stellen 887 gleich 73 pCt.

Von den 1937 arbeitssuchenden Kollegen konnten demnach
46 pCt. Arbeit nachgewiesen erhalten, während 54 pCt. keine
Arbeit erhalten konnten.

Insgesamt waren die 857 Metallarbeiter, ehe sie Arbeit
erhielten, 1602 Wochen arbeitslos und zwar:

Bis zu 1 Woche	514 Kollegen
„ 2 Wochen	180 „
„ 3 „	71 „
„ 4 „	52 „
„ 6 „	38 „
„ 8 „	19 „
„ 3 Monaten	12 „
„ 5 „	1 „

Ueber den Stand der Bibliothek berichtete Kollege Mäse.
Dieselbe besteht zur Zeit aus 840 Bänden, von denen 714 aus-
geliehen wurden. Berigt wurde, daß die Kollegen verschiedentlich
bei Wohnungsveränderungen dieses nicht angeben, so daß es der
Kommission mitunter schwer fällt, ausgeliehene Bücher zurück zu
erlangen.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung, Antrag auf Entschädigung
des 1. Vorsitzenden, wurde beschloffen, demselben eine monatliche
Vergütung von 30 M. zu gewähren.

Hierauf fanden Ersatzwahlen zum Vorstand statt, und zwar
wurde Kollege Neumann zum 1. Vorsitzenden, Kollege Kämris
zum 2. Vorsitzenden, Kollege Stümper zum Kassirer (S. Westen),
Kollege Beer zum Kassirer (S. Süden), und die Kollegen Weinert
und Götzlich zu Schriftführern gewählt. Kollege Heine wurde als
Revisor gewählt. Die Kollegen Müller (Schlosser), Schulze
(Dreher), Klotz (Trichterarbeiter) und Vange (Kernmacher) wurden
von der Generalversammlung als Beisitzer im Vorstand beauftragt.
Als Mitglieder für die Bibliothekskommission gingen die Kollegen
Czechowsky, Dolz und Brelow aus der Wahl hervor.

Betreffs des Streiks bei der Firma Wiking u. Violet wurde
berichtet, daß noch 11 Kollegen zu unterstützen seien, die Fabrik
sei durch indifferente Kollegen ziemlich voll besetzt. Es wurde
demzufolge der Streik für beendet erklärt, von einer Sperre über
detr. Fabrik wurde Abstand genommen, da die Kollegen von der-
artigen Beschlüssen doch keine Kenntnis nehmen.

Der Streik selbst hat während seiner Dauer dem Verband
eine Ausgabe von 7202,65 M. verursacht.

Ein Antrag Berger-Neumann auf Aufhebung der Fach-
kommission, fand dahin keine Erledigung, daß man beschloß, die-
selbe aufzulösen; § 7 Abs. b des Statuts kommt also demzufolge
in Wegfall. Dem Redanten wurden 40 M. Mantelgelder bewil-
ligt. Der vom Kollegen Füllhorn nachgesuchte Rechtsrath,
welcher ihm vom Vorstand gewählt, wurde auch von der General-
versammlung bewilligt.

Schwerin. Hier tagte am 12. November im Lokale des
Herrn Jukisch eine öffentliche Versammlung der Tabakarbeiter,
in der auch die hiesigen Fabrikanten anwesend waren. Als
Referent war Kollege Max Kiesel-Berlin erschienen. Derselbe
erledigte sich seiner Aufgabe in glänzender Weise, und wurde
folgende Resolution einstimmig angenommen. Resolution: Die
heute in Schwerin a. M. tagende öffentliche Versammlung der
Tabakarbeiter und Arbeiterinnen erklärt sich mit den Ausführ-
ungen des Referenten Kollegen Kiesel-Berlin einverstanden und
protestirt energisch gegen die geplante Fabriksteuer, sowie gegen
jede höhere Belastung des Tabaks und gegen alle indirekten
Steuern, da dieselben nur denjenigen Theil der Bevölkerung
treffen, welcher infolge seiner sozialen Verhältnisse dieselbe am
wenigsten zu tragen in der Lage ist. Die Versammlung ist daher
der Ansicht, der Regierung zu empfehlen, dem Reichstage eine
allgemeine progressive Einkommensteuer vorzuschlagen. Zu dem
am 19. November stattfindenden Kongress wurde der Kollege
Gustav Deißlag gewählt. In seinem Schlusswort legte der
Referent den Anwesenden die Nothwendigkeit der Organisation
dar. Die Kollegen Schwerin versprachen das bisher Versäumte
nachzuholen.

**Eine öffentliche Versammlung der in Holz-
bearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
Deutschlands** fand am 12. November im Lokale Bergstr. 12
statt. Kollege Hoffmann gab in einem eingehenden Bericht eine
Uebersicht über die halbjährliche Thätigkeit der Agitations-
kommission. Der Kassirer Kollege Krohn verlas hierauf die
Abrechnung und Zempel den Spezialbericht. Zum zweiten
Punkte: Neuwahl der Kommission, entspann sich eine
lange Diskussion, die mit Annahme folgenden Antrages endete:
„Anstatt der alten Kommission wird das Vertrauensmänner-
System eingeführt und wählt die heutige Versammlung zwei
Vertrauensmänner und einen Stellvertreter.“ Als gewählt gingen
hervor: Die Kollegen Alb. Fischer, Hennigsdorferstr. 24; Stein,
Friedenstr. 80 und Hoffmann als Stellvertreter Falkenreinst. 8.
Dann erstattete der Delegirte Kollege Stein Bericht über die
Berliner Gewerkschaftskommission. Redner bespricht die Ange-
legenheit Lubach und empfiehlt die Bestrebungen der Bäder be-
treffend die Einführung der Kontrollmarken zu unterstützen. Durch
Annahme einer Resolution, die vom Kollegen Hoffmann gestellt
ist, spricht die Versammlung ihre Zustimmung zu den Beschlüssen
der Gewerkschaftskommission aus. Im Verschiedenen wurde von
seiten des Wandfägenhauer Rod. Wolf eine Besoldigung
gegen den Kollegen A. Fischer ausgedrückt. Um diese Be-
soldigung zu untersuchen, wurde ein Schiedsgericht von 6 Mit-
gliedern ernannt.